

Volkswocht

für Schlessen.

Organ für die werftätige Bevölkerung.

Die „Volkswocht“
 erscheint wöchentlich mal, und ist durch die Expedition: Altkönigsstr. 4 und durch Anstalten zu beziehen:
 Preis pro Woche 1.20 M.
 Monat 5.10
 für 3 Monate 15.30
 durch die Post bezogen 18.50
 frei ins Haus durch Post monatlich 6.10
 vierteljährlich 18.50

Verantwortlich: Dr. Heinrich
 Redaktion: Dr. 3181.
 Verleger: Dr. 3182

Fernsprecher:
 Geschäftsstelle Nr. 1206.
 Telefon Nr. 335

Fernsprecher:
 Redaktion Nr. 3181.
 Telefon Nr. 3182

Nr. 28. Breslau, Donnerstag, den 3. Februar 1921. 32. Jahrgang.

Einmütige Ablehnung.

Nach der Reichstagsdebatte.

Die Bedeutung der Reichstagsdebatten namentlich für die auswärtige Politik soll man nicht überschätzen. Wer solchen Debatten beigewohnt hat, findet dann in den Blättern einen Bericht darüber, dessen Unvollkommenheit er erkennt. Andere nehmen gläubig allerhand Schnitzer hin. Man kann z. B. darüber streiten, welches Berliner Abendblatt vom Mittwoch die sozialdemokratische Fraktionserklärung am falschesten wiedergab. Gehen die Berichte weiter hinaus ins Ausland, so vermehren sich natürlich mit der zunehmenden Entfernung auch die Fehlerquellen, und das Bild der wirklichen Vorgänge wird immer undeutlicher.

Reinlich meldete Wolff aus Paris, Briand habe in der Kammer von einem „Frieden der Herzlichkeit“ gesprochen, als aber die Pariser Blätter anfaßen, erfuhr man erst, daß er von einem „Frieden der Gerechtigkeit“ gesprochen hatte, was jedenfalls etwas ganz anderes bedeuten soll. Man kann also schwer voraussagen, wie die deutsche Reichstagsdebatte über die Pariser Beschlüsse ausfallen wird, wenn sie auf dem geduldeten Papier der ausländischen Presse erscheint.

Eben deswegen hat die sozialdemokratische Fraktion, ebenso wie alle anderen Parteien rechts von ihr, nur eine kurze Erklärung abgegeben. Eine solche Erklärung hat immer noch die beste Aussicht, im Auslande in einigermaßen richtiger Form bekannt zu werden. Ledebour und Levi hielten es für besser, lange Reden zu halten, was ja auch richtig ist, wenn man den Reden keinen anderen Zweck zuschreibt als den, in der zugehörigen Parteipresse als Agitationsmaterial zu wirken. Immerhin wird das Ausland hoffentlich von den Reden der Unabhängigen und der Kommunisten wenigstens soviel erfahren, daß auch diese Parteien die Ausführung der Pariser Wiedergutmachungsvorschläge für unmöglich halten.

Die Wirkung des Ganzen auf das Ausland läßt sich nicht leicht voraussagen. Mehr aber als ein tüchtiger Pressefremder wird vorläufig kaum zu erwarten sein. Die Alliierten haben beschlossen, die deutsche Regierung zum 28. d. Mts. zu Verhandlungen über ihre Vorschläge einzuladen. Sie werden diesen Beschluß auch kaum rückgängig machen können, nachdem die deutsche Regierung die Vorschläge für eine unannehmbare Verhandlungsgrundlage erklärt hat. Aber selbst wenn die Absicht, die Deutschen nach London einzuladen, wegen ihrer von vornherein ablehnenden Haltung wieder aufgegeben würde, so könnte es doch nicht gleich nach den Wünschen der Alliierten gehen, die sofort das Ruhrgebiet besetzen und eine neue Zollgrenze innerhalb Deutschlands errichten, also das Reich in Scherben schlagen wollen.

Ehe mit solchen Gewalttätigkeiten begonnen wird, muß ein Beschluß der Alliierten darüber gefaßt werden. Die Alliierten müßten aber von allen noch denkfähigen Menschen als gefährlich geisteskrank betrachtet werden, wenn sie solche Beschlüsse fassen, durch die sie sich vollständig ins Unrecht setzen und den Vertrag von Versailles einfach vernichten würden. Sie werden also — das ist mit 99 Prozent Wahrscheinlichkeit anzunehmen — vertragsmäßig verfahren und nun die Reparationskommission ihr Diktat sprechen lassen. Daß dieses Diktat anders aussehen muß, als die Pariser Vorschläge, wenn es auch in seinem Inhalt noch härter und unsinniger sein sollte, bedarf kaum eines weiteren Beweises. In Deutschland wird man jedenfalls scharf aufpassen, ob das Diktat den Bestimmungen des Vertrages entspricht oder nicht. Käme ein vertragswidriges Diktat zustande und würde die Entente Gewalt an, um es durchzuführen, dann müßte Deutschland einen solchen Vertragsbruch in feierlicher und bestimmter Form der ganzen Welt zur Kenntnis bringen und sich auf den Standpunkt stellen, daß die Entente von Deutschland nur genau soviel bekommen kann, wie sie sich selbst zu holen imstande ist.

Man kann sagen: Es ist das Gute an der gegenwärtigen Situation, daß es aus ihr keinen Ausweg gibt. Es ist für Deutschland ganz unmöglich, umzufallen — wohin soll es denn umfallen? Mit Unterzeichnungen ist diesmal gar nichts getan, damit kann man sich heute nicht einmal für Monate oder auch nur Wochen Ruhe verschaffen. Darin liegt die Stärke Deutschlands, daß es jetzt im höchsten Widerstand gegen unmögliche Forderungen den Mut der Verzweiflung haben muß. Wir riskieren mit einem Nein auf keinen Fall mehr als mit einem Ja. Wir sind bereit, ein Abkommen zu schließen, wenn sich dieses Abkommen auf dem Boden der Vernunft und Möglichkeit hält. Es wäre vollkommen sinn-

und nutzlos, wenn man sich durch Zwang zur Unterzeichnung eines unmöglichen Abkommens treiben ließe. Es ist es schon besser, das Diktat, das von der Reparationskommission gefaßt werden wird, zur Kenntnis zu nehmen. Nur zu sagen, was man davon erfüllen kann und was nicht — und dann getrost abzuwarten, was weiter geschieht.

Einmütige Ablehnung durch die Presse.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)
 Die gesamte Berliner Morgenpresse beschäftigt sich mit den Pariser Beschlüssen. Die Stellungnahme des Reichstages erbringt den Beweis, daß es dem deutschen Volke vor allem jetzt darauf ankommt, das Ausland durch die Presse wissen zu lassen, daß die Forderungen von Paris als unerfüllbar bezeichnet werden. Der „Vorwärts“ unterstreicht besonders das Schlagwort des Reichstagspräsidenten Genossen Röbe, daß der jetzige Kampf ein Kampf um das Brot der Armen bedeutet. Die „Freiheit“ weist nochmals auf die Unmöglichkeit dieser Dinge hin, will jedoch durch die Öffentlichkeit die Regierung auffordern, noch einmal Verhandlungen einzuleiten, um vielleicht doch noch eine Verständigung zu erzielen. Soweit die übrige Presse in Berlin in Frage kommt, besteht auch hier eine einheitliche Phalanx gegen die Beschlüsse von Paris.

Landesliste

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (S. P. D.)

1. Braun, Otto, preuß. Landwirtschaftsminister, Berlin.
2. Seevering, Karl, preuß. Minister des Innern, Berlin.
3. Gerner, Robert, Oberbürgermeister, Hannover.
4. Danna, Gertrud, Gewerkschaftsleiterin, Berlin-Baumhof.
5. Rosenfeld, Dr. Siegfried, Rechtsanwalt, Berlin-Schöneberg.
6. Behr, Dr. med. Alfred, Regierungsrat, Charlottenburg.
7. Wegscheid, Dr. Hildegard, Schulrätin, Berlin-Schöneberg.
8. Cunow, Heinrich, Unbedienstetenprofessor, Berlin-Friedenau.
9. Karoff, Richard, Vorsitzender des Verbandes der Kriegsheilbedienten, Berlin.
10. Fogaes, Peter, staatlicher Hilfsförster, Wallerdorf (Kreis Weidenburg).
11. Woldt, Richard, Leutnant, Elberfeld.
12. Daugherr, Otto, Verbandsssekretär im Zentralverband der Angestellten, Berlin-Mahlsdorf.
13. Kähler, Wilhelm, Referent im Reichswirtschaftsministerium, Berlin-Steglitz.
14. Feige, Ernst, Magistratssekretär, Breslau.
15. Badt, Dr. Hermann, Ministerialrat, Berlin.
16. Sube, Hugo, Journalist, Berlin.
17. Bernier, Wilhelm, Verbandsssekretär im Landarbeiterverband, Berlin.
18. Grein, Dr. Heinrich, Studienrat, Neunkirchen (Saar).
19. Stoll, Karl, Bürgermeister, Lauenburg (Elbe).
20. Buchholz, Robert, Lehrer, Wittkeberg.
21. Drucker, Dr. Alexander, Referent im Wohlfahrtsministerium und Rohrnort, Charlottenburg.
22. Zuder, Gertrud, Köchin, Dantia, Charlottenburg.
23. Zerina, Gustav, Kriminaloberwachmeister, Düsseldorf.
24. Müller, Heinrich, Arbeitersekretär, M. Gladbach.

Neue Spitzelpläne.

(Eigener Drahtbericht.)

Wie vor einiger Zeit aus dem Ruhrgebiet, so werden auch jetzt aus der Provinz Sachsen kommunistische Spitzelpläne gemeldet. Nach den Mitteilungen aus Magdeburg sollte bereits in nächsten Tagen der geplante kommunistische Pullch ausgeführt werden. Demgegenüber weist der „Vorwärts“ in einem Sonderbericht darauf hin, daß man zwar die Pläne gefunden habe, aber genau so wie in Essen, jetzt in Stendal und Magdeburg vergeblich nach den Rassen sucht.

Die Besätze von Stendal ist durch einen Spitzel auf die Spitzelpläne hingewiesen worden. Schwer belastet wird der Kommunist Albert Vater durch die Aussagen der in Stendal Verhafteten.

Die Ermordung Lizas.

Mien, 2. Februar. Die Subapfeker Staatsanwaltschaft hat, wie es heißt, beschloßen, gegen Stephan Friedrich Anlage wegen Aufruf zur Ermordung des Grafen Lizas zu erheben. Friedrich war bekanntlich der erste bürgerliche Ministerpräsident nach der Befreiung des „Kaisertums“.

Im Versorgungsbezirk liegt es zu schweren Ausbreitungen der Typhus gegen den Oberst Dr. Saag gekommen. Als Dr. Saag die Aufnahme von Freiwilligen als für ihn unzulässig bezeichnete, drangen eine Anzahl Patienten auf ihn ein. Der Arzt mußte auf die Straße flüchten. Das Hauptversorgungsamt ließ das Lazarett von der Polizei besetzen und beschloß es aufzugeben. Von den 200 Patienten wurden 80 in andere Krankenhäuser überführt, der Rest der Patienten wird entlassen werden.

Streik in Straßburg. Nach einer Klärungsphase sind in Straßburg die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, Schiffszimmerleute und Maschinenbauer wegen Lohnrückzahlungen in den Ausstand getreten. Die Arbeiter des Metallbaus haben sich den Streikenden angeschlossen. Der Straßenbahnverkehr ruht.

Der Reichstag gegen die Pariser Beschlüsse.

Berlin, 2. Februar. Am Regierungsbüro: Reichsfinanzminister Jochenbach, Dr. Simons, Heinze, Wirth, Schulz, Koch.
 Auf der Tagesordnung steht zunächst die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung.

Abg. Schiffer (Dem.): Namens der Zentrumspartei der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes habe ich folgende Erklärung abgegeben:

Die uns vorgelegten Akten enthalten Zusatzen, die weder mit den Bedingungen des Friedensvertrages, noch mit der Ehre und den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des deutschen Volkes vereinbar sind. (Lebhafte Zustimmung.) In Schmerz und Empörung, aber auch im vollen Bewußtsein unserer durch den Ernst der Sachlage gegebenen Verantwortung, erheben wir feierlichen Widerspruch gegen diese Mißbräuche der Gewalt. (Stürmische Zustimmung.) Die Erklärung des Herrn Reichsministers des Auswärtigen billigen wir. (Beifall.) In der Entwaffnungsfrage wollen wir die von uns übernommenen Verpflichtungen im Geiste einer loyalen Auslegung ausführen. Aus demselben Geiste lokaler Auslegung heraus legen wir aber Verwahrung ein gegen die Unstimmigkeiten, die offensichtlich gegen den Friedensvertrag verstoßen. (Erneuter Beifall.) Die Verantwortung dafür, daß durch unsere weitergehende Schwächung auch unsere Widerstandskraft gegen die von außen und innen drohende Gefahr des Weltkollapses gelähmt wird, trifft die Alliierten. (Lebhafte Zustimmung.) (Gelächter bei den Kommunisten.)

Ihre Vorschläge in der Reparationsfrage beweisen, daß auch sie sich der Erkenntnis nicht mehr verschließen können, daß wesentliche Bestimmungen des Friedensvertrages als unannehmlich herausgestellt haben. (Sehr richtig.) Die Vorschläge jedoch, die uns die Alliierten zu einer Abänderung dieses Vertrages vorlegen — darüber wollen und dürfen wir schon jetzt keinen Zweifel lassen — sind für uns unannehmbar und nicht geeignet, die Grundlage für Verhandlungen zu bieten. (Lebhafte Beifall.) Sie würden nicht die Gesundheit der Welt herbeiführen, sondern die wirtschaftliche und politische Verelendung des deutschen Volkes nach sich ziehen und durch die Wirkungen, die sie in politischer und wirtschaftlicher Beziehung auf alle beteiligten und unbeteiligten Völker ausüben müßten, auch sie in unseren Untergrund verdrängen. (Lebhafte Zustimmung.) Das deutsche Volk würde als Hersteller und Verarbeiter, wie als Abnehmer und Verbraucher aus der Wirtschaft der Welt verschwinden. (Sehr wahr!) Dieser Weg führt ins Verderben. (Zustimmung.) Andere Wege zu zeigen, die dem unentbehrlichen Zusammenhange deutscher Leistungsfähigkeit und Vertragserfüllung Rechnung tragen, ist die Absicht der Reichsregierung, die unsere volle Zustimmung findet. Möge es ihr gelingen, auf der Grundlage neuer Gesichtspunkte und entsprechender Vorschläge eine Einigung zu erzielen, die endlich der Welt den Frieden gemeinsamer fruchtbarer Arbeit bringen kann. (Beifall.) Gelingt es ihr nicht, so kann sie sicher sein, uns an ihrer Seite zu sehen, wenn sie die Annahme und Durchführung von Vorschlägen ablehnt, die die Vernichtung des deutschen Volkes in Gegenwart und Zukunft bedeuten würden. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Abg. Hermann Müller (Soz.):

gibt namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages stimmt der Erklärung des Außenministers zu. (Beifall.) Eine deutsche Regierung, die bereit wäre, diese Vorschläge für ausführbar zu erklären, wird sich nicht finden. (Lebhafte Zustimmung.) Sie würde das Vertrauen weder des Auslandes noch des Inlandes besitzen, denn sie würde sich einer Unwahrheit schuldig machen. (Zuruf des Abg. W. Hoffmann.) Gegenüber. Durch keinerlei Abmachungen kann die Last der Welt geschäftet werden, daß die geforderten 42 Jahreszahlungen die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes um ein Vielfaches übersteigen. Die geforderten 12prozentigen Abgaben von der gesamten Ausfuhr stehen ebenso wie der auf 42 Jahre berechnete Tilgungsplan im Widerspruch zum Friedensvertrag von Versailles, der eine in 30 Jahren zahlbare feste Summe, nicht aber Summen aus der deutschen Wirtschaft von unbestimmter Höhe, vorsieht. Die Ausfuhrabgabe bedeutet einen Zwang für die ganze Welt, die deutschen Waren teurer einzulassen, zugleich aber auch eine dauernde Herunterdrückung der deutschen Lebenshaltung und die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse, die die stärkste Stütze der deutschen Republik ist. (Zustimmung.) Die geplante Kontrolle der deutschen Auslandsankäufe und des deutschen Zollsystems würde gleichfalls der Wirtschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt eine unentrichtliche Zwangssteuer anlegen. Die Pariser Vorschläge schaffen nicht die Wiedergutmachung, die das arbeitende deutsche Volk zu leisten fähig und bereit ist, sie verschaffen vielmehr die wirtschaftliche Krise zur euroväischen Katastrophe. Die Sozialdemokratie des Deutschen Reichstages lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder auf diese drohende Gefahr und richtet an sie die Aufforderung, auf das Aufstehen von Verhandlungen hinzuwirken, die unter Berücksichtigung der Interessen der großen Arbeiterinternationale das Wiedergutmachungsproblem einer praktischen, für alle Welt heilsamen Lösung entgegenführen.

Militärische und geheimbündlerische Verbände, die den Gang der vertragsmäßigen Entwaffnung des deutschen Heeres durch die Alliierten die Handhabung zu einem Entwaffnungsbittat geboten, das über die Verpflichtung des Friedensvertrages hinausgeht und einzelne Industrien schädigt. Seine Durchführung kann aber jetzt nicht mehr verhindert werden, wenn nicht eine neue schwere Gefahr für das deutsche Volk heraufbeschworen werden soll. Die Entwaffnung Deutschlands ist jedoch heute schon in weit

abziehen, daß für die anderen Völker kein Anlaß mehr besteht, die schweren Kämpfe weiter zu tragen, die sie jetzt noch be- stehen. (Sehr richtig!) Nur eine allgemeine Entlassung an sich wird den Frieden der Welt sichern und die Voraussetzung für einen wahren Völkerbund schaffen, der das Ziel der sozialistischen Arbeiterpartei der ganzen Welt ist. (Beifall.)

Herr Dr. Herzog (Duisb.): Wir sind durchdrungen von dem ganzen Ernst der Lage, der durch die Rote der Entente-Regierungen geschaffen worden ist. Die Forderungen des Feindbundes in ihrem materiellen Inhalt gehen noch über die unerträglichen und unerfüllbaren Bedingungen hinaus, die uns durch den Frieden von Versailles auferzogen worden sind. Für uns gibt es gegenüber diesen neuen Zumutungen nur ein gutes „Nein“ zu sagen. (Beifall.)

Herr Dr. Ledebour (Münch.): Ein großes Geschlecht müßte die vollstehenden Nachwirkungen der Revolution, von denen der Arbeiter gesprochen hat. (Für- und Widerrede.) Herr Herzog und seine Freunde haben gar nicht gelernt und alles vergessen (Lärm und Unruhe rechts). Die deutsche Arbeiterpartei hat das aber nicht vergessen. (Lärm rechts). Ein Teil der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei vertritt den Sozialismus. (Lärm rechts). Ententeverweigerer. (Lärm links). Kriegsverbrecher.)

Der Redner bespricht dann die Einzelheiten der Note. Daß die Ententeleistungen in so diktatorischer Form gestellt werden, ist Schuld der Bewegung, die darauf hinarbeitet, Kriegsvorbereitungen durch Aufstellung von geheimen Truppenverbänden zu schaffen, wie die Erziehung-Organisation und alle ähnlichen Organisationen. Wir verprechen uns, wenn es zu Verhandlungen kommt, sehr viel von der Einheit der englischen und französischen Arbeiter.

Herr Dr. Zesi (Köln): Die Regierungserklärung und die Erklärung der Wahrheitspartei stehen im Widerspruch. Bei einem Parlamentarismus wäre das unmöglich. Man mag nicht, dem Problem ist in die Augen zu sehen. Die unterdrückten Völker der ganzen Welt haben den Unterdrückten gegenüber, deren Führer die Staaten der Entente sind. Der Führer der Unterdrückten ist Comintern. Zu Russland muß endlich der Weg gefunden werden.

Die Aussprache schließt.
Am Schluß der Aussprache im Reichstag ergriß

Präsident Ebert

das Wort zu folgenden Ausführungen:
Mit Ausnahme des Sprechers der kommunistischen Partei haben die Redner von rechts bis links die Unmöglichkeit der dem deutschen Volke zugemuteten Lasten bargelegt. Mögen andere Vertragsgegner auf diese Worte hören, damit ihnen und uns die Lasten erspart bleibe, die einzutreten müßte, wenn sie den Versuch einer gewalttätigen Durchsetzung dieser un- möglichsten Forderungen wagten. (Lebhafte Beifall.) Wir wissen: diese uns unbegreiflichen Forderungen haben eine teilweise Er- klärung in dem merkwürdigen, fast wahren Glauben, das deutsche Volk mit seiner Arbeit und seiner Wirtschaftskraft sei un- erschöpflich und werde sich immer wieder emporarbeiten. Aber die Gegner müssen doch wissen, daß der härteste Arm erschöpft und von der Fähigkeit, Schätze zu heben, (Unterbrechungen von Seiten der Unabhängigen und Kommunisten.) Zur- rück! Die Besetzung ist geschlossen! (Lärm rechts: Ruhe!) Und der beste Wille erlaubt, wenn ein Volk, das solches durchgemacht hat, dann gestungen wird, sich wieder neue Wirtschaftskräfte anzueignen und unerträgliche Bürden aufzuladen. (Große Lärm links. Ruhe: Die Debatte ist geschlossen.)

Reine Damen und Herren! Der Fremde, der unser Land besucht, soll nicht glauben, daß das Leben, das er in den Haupt- strassen und den ersten Hotels und vornehmsten Restaurants unserer Großstädte hindurchzuleben sieht, das normale Volksleben sei. Nein, wer die Verhältnisse dort, wo von 650 Gemeindeführern 100 kein Hund mehr auf dem hageren Körper tragen, dort, wo Mütter mit weichen Worten die Bitte ihres Kindes nach einem zweiten Stück Brot abschlagen muß, wo Hunderttausende von Obdachlosen ein Obdach suchen, dort gerillt in jeder Stunde, vor vernichtet jeder Tag einen Teil unserer Volkstraßen, die erste Vorbedingung für den Wiederaufbau und die Möglichkeit für die Erfüllung maßvoller Wiederherstellungsforderungen. Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftskräfte können den nicht aus der Welt schaffen. (Lebhafte Zustimmung im ganzen Hause.) Das deutsche Parlament hat seine warnende Stimme erhoben. Wird sie überhört, dann tragen die Folgen nicht nur wir, sondern ganz Europa und auch die, die jetzt ruhen. (Lebhafte Beifall und kör- perliche Händeklatschen im ganzen Hause und auf den besetzten Tribünen.)

Es erhebt sich nun eine hitzige Geschäfts- ordnungssprache, da die Kommunisten und Un- abhängigen Einspruch dagegen erheben, daß der Präsident nach Schluß der Aussprache noch sachliche Ausführungen gemacht hat.

Herr Dr. Zimmer (Jr.) erklärt, daß es von jeder Brauch im Reichstag war, daß in geschichtlichen Augenblicken der Präsident die Stimmung des Hauses zusammenfasse. (Lebhafte Beifall.) Die Worte des Präsidenten werden beim deutschen Volk allge- meine Zustimmung finden. (Erneuter Beifall.) Damit schließt die Geschäftsordnungssprache.

Der Reichshaushalt wird in dritter Lesung genehmigt.

Es folgen die zurückgestellten Bestimmungen zum Haus- halt des Reichsministeriums. Ein Antrag auf Vor- legung eines Beschlusses der Reichsregierung der Reichswehr wird angenommen. Angenommen wird ferner ein Antrag der bürge- rlichen Parteien, wonach die vom Reichstag gestrichenen Offiziers- stellen bei der Reichswehr und der Reichsmarine wieder hergestellt werden.

Zugestimmt wird der ersten Rate zum Bau eines kleinen Kreuzers.

In der dritten Lesung wird mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit angenommen das Gesetz über den Erlaß von Verordnungen für die Zwecke der Lebensmittelversorgung.

Es folgt die zweite Beratung des Betriebs- u. Mi- nistengesetzes. Die Vorlage wird nach kurzer Aussprache in der Sitzung des Ausschusses angenommen.

Dem Antrag des Geschäftskörpers-Ausschusses auf Ver- legung der Genehmigung der Straßenerweiterung der Stadt, C. S. Holz (Köln), Decker (Köln), Ernst (Münch.) wird zugestimmt. Der Unterrichts-Ausschuß, der die gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes ergehenden Vor- würfe prüfen soll, soll aus acht Mitgliedern bestehen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Nachbesp. Kleine Vorlagen.

Wilhelm der Verschmetterter.

Aus Sieh nard's Erinnerungen.

Auf Wilhelm's Einspruch darf der dritte Band von Bismarck's Gedanken und Erinnerungen in Deutschland nicht gedruckt werden. Es sind doch die Holländer selber daran. Zwar hält sich Wilhelm fest bei ihnen auf, aber er hat bei ihnen weniger zu sagen, als noch bei uns im republikanischen Deutschland. Das „Holländische Reichs- buch“ veröffentlicht jetzt folgende Auszüge aus dem Bismarckbuch:

Das erste Kapitel des 3. Bandes der Bismarck-Erinnerungen beschäftigt sich mit dem Prinzen Wilhelm. Es wird darin u. a. erzählt, welche Mühe sich Bismarck machen habe, um den Prinzen für seine große Aufgabe durch die an Institutionen vorzubereiten und wie er den alten Kaiser bestimmen wollte, daß Prinz Wilhelm im Armeekorps im Osten arbeiten sollte. Der Vater des Prinzen schrieb darauf einen Brief an Bismarck, in dem es heißt:

„Ich halte es für notwendig, daß mein ältester Sohn die innere Lage des eigenen Landes kennen lerne, bevor er, der zu vornehmlichen Horden nicht, sich dem Reich mit Politik beschäftigen. Sein Wissen muß nicht auf die äußere Angelegenheit und dem Mangel an Erfahrung, mit seiner Neigung zur Selbstüberschätzung und Selbstüberhebung muß ich es als entscheidend einschätzen, ihn jetzt bereits mit Fragen der auswärtigen Politik in Verbindung zu bringen.“

Bismarck antwortete, daß in damaligen Familien der Wille des Kaisers dem des Sohnes vorzuziehen und selbst die Unter- schiedsrichter Herrschaft als Instanz für den Kronprinzen vor Bismarck hat nun der Prinz Wilhelm und Bismarck zum Osten entsandt, aber die Zusammenarbeit der beiden mußte zu keiner Verbindung kommen.

Daß das Urteil des Kaisers, der Sohn solle an Selbstüber- schätzung, nicht falsch ist, beweist Bismarck selbst in seinen weite- ren Ausführungen, von denen „Voll. Rundsch.“ folgende Stellen wiedergibt:

Bismarck beschäftigt sich weiter sehr eingehend mit Zöcker und der im Jahre 1887 stattgefundenen Gründung der Zöckermissionen, für die sich Prinz Wilhelm außerordentlich einsetzte. Es folgt sehr schnell eine Protestrede von der ich entsetzt mit der Person Zöcker beschäftigt. Prinz Wilhelm wurde anwesend. Bismarck's Sohn habe das Mandat zu dieser Kampagne erlassen, und zwar durch mehrere Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die über Bismarck's Bismarck als auch sein Sohn erst hervorzuheben. Prinz Wilhelm schrieb einen Brief an Bismarck, worin er seine Tätigkeit für die Zöckermissionen für ausnehmend verdienstlich und sie als die vernünftigste Aktion gegen die Sozialdemokratie anführte. Sehr charakteristisch ist der letzte Absatz dieses Briefes. Er lautet darin Bismarck ein glückliches neues Jahr:

„Was es Ihnen bedeutet sein, wie höher für das Land zu sein.“

Im Frieden, ist es durch den Krieg.

Sollte das letztere der Fall sein, dann verpassen Sie nicht, daß hier eine Hand und ein Schwert von einem Mann bereit stehen, der sich noch bemüht, daß die Freiheit der Großen im Reich zu der allein dreimal mehr Geaner hätte als wir jetzt und vor während 10 Jahre keine berechneten Ausschüttung nicht weniger zu sein verstanden hat.“

Am 20. November 1887 richtete Bismarck einen anderen Brief an Wilhelm, jenen Brief, den er in Schicksal seines Groß- vater's und Kaisers schrieb, damit er für den Fall, daß er plötzlich an Regierensmacht berufen würde, sofort den Bundespräsidenten überreich werden könne. Dieser Brief sollte bei allen preussischen Landesparlamenten im Reiches vorgelesen werden und im ersten Augenblick den Bundespräsidenten überreich werden. Es heißt darin:

„Ich bitte Sie, Excellenz, — — — Der Herr würde es ab.“

„Ein Moment“, sagte er. „Ich bin von Petersburg aufge- fordert worden, hier zu sein.“

Schallend wurde nach bis in die Sippen. Die dieser Bericht anzuhören wurde, klang er sich leicht verhalten, und daß er nach diesem Bericht die längste Zeit Polizeimeister gewesen sei, wählte er nur zu sein.

„Ich verzeihe Sie, Excellenz, wiederholte“, sagte er, „daß alles über Sie. Ich habe mir nichts zu wünschen kommen lassen. Ich ver- zeihe Ihnen diesen Wunsch pflanzten und loyal. Ich möchte keine- handlungen, daß ich sehr bereit bin bei der nächsten Veranlassung. Ich bitte Sie, Excellenz, zu berücksichtigen, daß der Abschied von der Armee für mich die Bemühungen meiner Götter bedeutet, daß mir denn nichts mehr übrig bleibt, als mir eine Kugel durch den Schädel zu lassen. Ich bitte Sie, Excellenz, um Gnade.“

Der Herr lächelte höflich. Dann stand er auf und ging langsam im Zimmer auf und ab. Alles vor einigen Sekunden stehen und blickte er anmerkend. Dann sagte er sich wieder und tran- sponierte mit den Fingern auf die Tischplatte. Plötzlich blühte er dem Polizeimeister hell und hell und sagte:

„Ich will Gnade vor Recht ergehen lassen, wenn Sie mir Kassa als Dankschreiben ins Haus schicken.“

Schallend machte vernehmliche Augen. Dann, dachte er, vorher kennt der Herr Kassa? Und wenn er vorher nichts wollte, als das Kassa, das konnte er haben. Er machte, sich jedoch nichts mehr aus ihm. Und dann kam ihm ein Gedanke, der ihn sehr unheimlich machte von Freude. Er konnte denn Kassa nehmen an Kassa, denn wenn er dem Gouverneur Kassa gab, würde der ihn ein Auge zu- blicken und würde nicht so verfallen sein, um zu haben. Eine Kugel würde in die andere.

„Wenn es Ihnen lieber fällt, Herr Polizeimeister“, sagte der Herr, „der den westlichen Geschäftsmann Schallend ganz anders benutzte. Kassa westlichen, dann lassen Sie's in Kissen lassen! Aber die Uniform können Sie auch gleich an der Kassa hängen!“

Schallend wickelte den Polizeimeister.

„Ich will mir vorher, Sie, Excellenz, wenn ich habe das Kassa, das ich für Sie, Excellenz, will ich alles tun. Sie, Ex- cellenz, lassen Kassa bekommen!“

Zerworn stand auf und klopfte dem Grafen auf die Schulter.

„Es handelt sich darum, daß die Bundesstellen variieren müssen.“

wenn ich Sie erst von meinem Weile und von meinen Anlagen überzeugt und Sie dann in der Hand habe, dann variieren Sie desto lieber. Denn variieren muß werden, aber besser ist es, wenn es aus Vertrauen und Uebereinstimmung geschieht als ge- walttätig.“

Auf beide Briefe antwortete Bismarck erst am 6. Januar 1888 mit der Begründung, daß er nur handschriftlich antworten könne, und durch Scherzhaftigkeit lieber vorüberdauern lassen. Er hat, er müßte ein ganzes Buch schreiben, um den Brief richtig zu beantworten und gibt dem Prinzen den Rat, ihn un- verzüglich zu verbrennen. Wenn ein solcher Entwurf vor- züglich bekannt werden würde, dann würden nicht nur der Kaiser, sondern auch der Kronprinz peinlich betroffen werden und eine Gehinhalten sei ja kaum zu erwarten.

Sodann ließ Bismarck dem Prinzen auseinander, welches die Bedeutung der Bundesstellen nach der deutschen Verfassung war und wie unangehörig und unklar ein solcher Brief auf die Bundes- stellen wirken würde. Es heißt dann:

„Denn den einzigen Schutz für die Monarchie erblicke ich in dem Konstitutionalismus.“

„für die Demokratie helfen nur Soldaten.“

Dies alte Wort von 1848 bleibt wahr. Bismarck können dabei viel verstehen, aber wenig helfen. Die Länder, in denen die Bismarck am stärksten sind, sind die revolutionärsten und 1848 fanden im allgemeinen Konner alle Bismarck auf Seiten der Revolution, und doch hat Bismarck vom demokratischen Sozialismus gewöhnt.“

Wilhelm hat diese Bismarck-Erinnerungen wohl überlesen. Er antwortete am 14. Januar 1888. In dem Schlussabsatz seines Briefes heißt es: „Aber eine Manifestation, wie es diejenige sein wird, wenn Bismarck offiziell von der Spitze der Stadtmission ver- schieden, denke ich, daß die Bedrückungen meiner Absichten meine Stellung verschärfen müssen. Falls nicht, dann“

„wehe denen, über die ich zu regieren haben werde.“

Dieser Bismarck, daß hier bereits das prinzipielle Wort bzw. der spätere tatsächliche Einspruch enthalten war: „Wer mit unangehörig den verurteilt ist.“

Dieser Bismarck, der schon in so jungen Jahren ausgesprochenen Äußerungen stand, konnte dann 30 Jahre lang die Welt in- und Deutschland ins Unglück führen. Das Unheil wäre vermieden oder doch vermindert worden, wenn als Gegengewicht gegen einen tyrannischen Potentaten, eine wirkliche demokratische Ueber- lieferung in Deutschland bestanden hätte. Aber nach Bismarck helfen gegen Demokraten nur Soldaten. Bis der Zusammenbruch kam, dessen Kisten jetzt das deutsche Volk bezahlen soll, während Wilhelm im trocknen sitzt!

Indiens neue Verfassung.

Während des Krieges haben indische Soldaten für England ar- beitet. Nun mußte England sein während des Krieges und unter Wirkung der Wilson'schen Punkte gemachtes Versprechen erfüllen, Indien eine Verfassung zu geben. Das im Jahre 1910 an- genommene Gesetz soll dieses Versprechen in Kraft treten. An wesentlichen Einzelheiten, wie Unterrichtsweesen, Landwirtschaft, öffentliche Arbeiten, soll Indien eine Autonomie genießen, während an- dere Staatsangelegenheiten einheitlich mit England verwaltet werden sollen. Es wurde für ein parlamentarisches Regime erklärt, die Regierungsmittel werden vom Parlament gewählt.

Die Anzeichen sprechen dafür, daß diese Verfassung zu spät erachtet wurde. Die Erbitterung gegen England ist bereits zu groß. Der nachkommendste Teil der Bevölkerung, der den größten Ein- fluß besitzt, ist durch den Frieden von Corcor, durch den die indische Kolonialverwaltung wurde, sehr erbittert und will von den Engländern nichts wissen. Eine noch heftigere Opposition ist den Engländern in den indischen Nationalisten erwachsen. Diese Partei ist eine passive Resistenz; sie nimmt keinen Teil an den Wahlen und an den Staatsgeschäften; sie will jedoch einen Boykott gegen alle eng- lischen Waren ausprechen. England hat in Indien allen Anschein nach jetzt ebensolche Schwierigkeiten zu bekämpfen wie in Irland.

Die allgemeinen Zustände in Indien sind zurzeit sehr schmerz- lich. Ein Mitglied des englischen Unterhauses, A. Sexton (unfälscht im „Labour Leader“) erklärt, daß in Indien Frauen und Kinder die ganze Nacht in den Gruben arbeiten müssen; daß Mütter ihre Säug- linge in die Gruben mitnehmen müssen. Die Arbeitslöhne reichen zum Lebensunterhalt nicht aus. Nach Angaben eines amerikanischen Boten — wofür wir die Verantwortung nicht übernehmen können — ist der Durchschnittslohn des indischen Arbeiters nicht höher als jährlich 10 Dollars. Die Wirtschaftskrise hat die Lage sehr ver- schlechert. Sie ist von einer Inflationskrise befallen, der Wert des in- dischen Geldes, der Rupee, ist infolge des Sinkens des Silberwertes bedeutend vermindert. Mit diesem sinkenden Gelde müssen die er- zeugten Waren sehr teuer bezahlet, während sie ihre Landes- produkte zu sehr billigen Preisen abgeben müssen.

Anfolge des Friedensvertrages ist die im Jahre 1912 ange- nommene internationale Handels- und Zollunion in Kraft getreten; es wird aber befürchtet, daß die darin ansehnlichen Be- schränkungen wegen der Nachlässigkeit der Behörden, die im Solde der Zollministerien stehen, nicht eingehalten werden. So wird die Gesundheit der Bevölkerung auch weiter infamatisch untergraben.

Die Parasiten.

Amaz von Bernhard Klieger. (Nachdruck verboten.)

„Ein Frachtwagen“, merkte er durch die Säule. Dann wandte er sich zu dem Polizeimeister.

„Ich habe Sie absichtlich nicht über mein Kommen unterrichtet, weil ich einige unter, Sachen, die nur uns beide angeht, mit Ihnen besprechen will.“

Schallend verneigte sich. Der Herr fuhr fort:

„Vor allem, Herr Polizeimeister, sind wir jetzt einige Lasten zu übertragen, die mich sehr nicht mehr länger ertragen lassen, daß Sie an dem Tode meiner Tochter schuld sind. Ob direkt oder indirekt weiß ich allerdings noch nicht.“

„Gregor“, fuhr es dem Grafen durch den Schädel.

Dann Herr Polizeimeister, waren einige Koffer Bürger bei mir die bitter über ihr Leben und Treiben hier Kassa führten. Sie sollen sich bemühen, um die Sache richtig beim Kaiser zu nennen, wie ein Schweinehund.“

Der Polizeimeister nickte sich.

„Es wird in Solich von Gelegen gesprochen, die Sie mit Ihren Freunden veranlassen, die getrieben sind, nicht nur die Uhr des russischen Beamten, sondern der gesamten Offiziere der Armee zu beschlagnahmen, um die Sache richtig beim Kaiser zu nennen.“

Schallend nickte sich auf die Sippen. Dann er war etwas stutzig.

„Sie werden sich doch im Haren sein, daß es nun höchste Zeit ist, sich zu erinnern, daß Sie Offizier sind!“

„Ich habe das nie vergessen, Sie, Excellenz!“

Schallend nickte sich auf die Sippen. Dann er war etwas stutzig.

„Ich bitte Sie, Excellenz, — — — Der Herr würde es ab.“

„Ein Moment“, sagte er. „Ich bin von Petersburg aufge- fordert worden, hier zu sein.“

Schallend wurde nach bis in die Sippen. Die dieser Bericht anzuhören wurde, klang er sich leicht verhalten, und daß er nach diesem Bericht die längste Zeit Polizeimeister gewesen sei, wählte er nur zu sein.

„Ich verzeihe Sie, Excellenz, wiederholte“, sagte er, „daß alles über Sie. Ich habe mir nichts zu wünschen kommen lassen. Ich ver- zeihe Ihnen diesen Wunsch pflanzten und loyal. Ich möchte keine- handlungen, daß ich sehr bereit bin bei der nächsten Veranlassung. Ich bitte Sie, Excellenz, zu berücksichtigen, daß der Abschied von der Armee für mich die Bemühungen meiner Götter bedeutet, daß mir denn nichts mehr übrig bleibt, als mir eine Kugel durch den Schädel zu lassen. Ich bitte Sie, Excellenz, um Gnade.“

Der Herr lächelte höflich. Dann stand er auf und ging langsam im Zimmer auf und ab. Alles vor einigen Sekunden stehen und blickte er anmerkend. Dann sagte er sich wieder und tran- sponierte mit den Fingern auf die Tischplatte. Plötzlich blühte er dem Polizeimeister hell und hell und sagte:

„Ich will Gnade vor Recht ergehen lassen, wenn Sie mir Kassa als Dankschreiben ins Haus schicken.“

Schallend machte vernehmliche Augen. Dann, dachte er, vorher kennt der Herr Kassa? Und wenn er vorher nichts wollte, als das Kassa, das konnte er haben. Er machte, sich jedoch nichts mehr aus ihm. Und dann kam ihm ein Gedanke, der ihn sehr unheimlich machte von Freude. Er konnte denn Kassa nehmen an Kassa, denn wenn er dem Gouverneur Kassa gab, würde der ihn ein Auge zu- blicken und würde nicht so verfallen sein, um zu haben. Eine Kugel würde in die andere.

„Wenn es Ihnen lieber fällt, Herr Polizeimeister“, sagte der Herr, „der den westlichen Geschäftsmann Schallend ganz anders benutzte. Kassa westlichen, dann lassen Sie's in Kissen lassen! Aber die Uniform können Sie auch gleich an der Kassa hängen!“

Schallend wickelte den Polizeimeister.

„Ich will mir vorher, Sie, Excellenz, wenn ich habe das Kassa, das ich für Sie, Excellenz, will ich alles tun. Sie, Ex- cellenz, lassen Kassa bekommen!“

Zerworn stand auf und klopfte dem Grafen auf die Schulter.

„Dann sind wir ja einzig, Herr Polizeimeister! Wann kommt Kassa?“

„Dann bitte ich Sie, daß Kassa noch im Laufe der Woche die Stellung antritt!“

Schallend war ebenfalls aufgefunden und verbeugte sich. Der Herr fuhr fort: „Der Polizeimeister gab ihm das Geleit. Gregor ging hinter den beiden her und machte nicht, was das bedeuten sollte, daß die beiden da sich zu bewegen unterließen. Er witterte Gefahr. Als er dann die Türe des Autos geöffnet hatte, und der Herr Platz genommen, sah er, wie Saratow dem Polizeimeister die Hand gab und hörte, wie er sagte:

„Allo, noch im Laufe dieser Woche kommt Kassa zu mir! Auf Wiedersehen, Herr Polizeimeister!“

Schallend schlug die Hände zusammen. Auch Gregor stand herum. Saratow fuhr das Auto an. Ein befriedigendes Lächeln umspielte die Lippen des Grafen und mit zwei trübseligen Augen blickte er dem Auto zu. Dann wandte er sich zu Gregor und sagte mit bösem Blick:

„So, Du Hund, und nun rechnen wir ab!“ — — —

Der Polizeimeister rief Kassa zu sich.

„Wohlt Du, was das war, der eben hier war?“

„Nein — interessiert mich auch nicht weiter!“

„So?“ sagte Schallend höflich. „Du würdest auf ihn, Dein Interesse ihm zuwenden?“

„Warum?“

„Weil Du kein Viehdien werden sollst!“

„Wem ich will!“

„Du mußt, ob Du willst oder nicht!“

Kassa nickte sich und sagte dem Grafen:

„Du mußt mich zwingen, Du mußt zu sein! Wenn es mich auch vor Dir eckt — jedoch Du bist mir kein Freund mehr! Aber wenn du mir zu sein, dann mußt Du mich nicht!“

Schallend nickte sich. „Wohlt das frische Finkenmehl etwa wirklich nicht? Er hat seine Hoffnungen wie Schwämme ge- waschen. Schon wollte er aufbrechen, doch er schwang sich. Er sah sich, daß mit ihm mehr zu erreichen sei als mit Gewalt.“

„Da weißt nicht, was Du in den Wind schlagen willst“, sagte er. „Es ist Seine Excellenz, der Generalgouverneur von Sachan, Herr Saratow, der dich lehrte!“

Horstung folgt!

Stadt-Theater.
 Donnerstag 7 Uhr:
In Craxide.
 Freitag 7 Uhr:
 Orpheus in der Unterwelt.
 Samstag 7 Uhr:
 Kinetos.

Love-Theater.
 221, 7. All. Wollweberstr. 20b.
Thalia-Theater.
 Theater 7 1/2 Uhr:
 Sammler Golek.

Schauspielhaus.
 Concertstraße. Tel. Nr. 2545
 Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
Die Blau Majur.
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
 Die Kathinofee.

Liebig-Theater
 Theater 7 1/2 Uhr

Jileneblawengruppe
 Leo Morgenstern
 Komödienstücke aus
 vergangenen Tagen.
3 Blanks
 Meister-Jouglere.
 Müller-Schadow-Quartett
Lajos Rigo
 der berühmte Geiger
 und weitere 6 Attrak-
 tionen des großen
 Februar-Programms

Zeltgarten
 Heute sowie täglich
 7 1/2 Uhr:
 Vollständiger Spielfilm
Volkstümliche
 Eintrittspreise!

Dominikaner!!!
 Täglich 7 1/2 Uhr - Täglich
Schwarzenbergs
 Kissa, Kissen, Kavelle, Kaffee,
 Kuchlein, Kuchlein, Kuchlein
 u. Kuchlein, Kuchlein, Kuchlein
NEU! Generalstreik
 Heute die Frau mit dem 2. Mann
 Loren, Bepel, Kück, Kück
 Kuchlein, Kuchlein, Kuchlein
 Kuchlein, Kuchlein, Kuchlein

Jodel
Sichspiele
 Neudorfstraße 35

Heute letzter Tag!
 Des große
Sensationsprogramm
 Sein letzter Trick
 m. d. Meisterdetektiv
Jackie Hill
 Ein Detektivdrama voll
 Sensation, 4 große Akte.
Der gelbe Tod
 zwei für sich
 abgeschlossene Teile
 Ein S. Thriller voll hoch-
 spann. Handl., 5 gr. Akte
Der daffende Amade
 Famos. Lustspiel, 3 gr. Akte
 jeden Sonntag ab 4 Uhr
 Jugenvereins-Offnung.

Grav
Busch
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Mittwoch u. Sonntag auch
 nachm. 3 Uhr.
Nur noch kurze Zeit!
 Sie wissen den
Wunder-Yogini
 schon!
 Außerdem die
 Circus-Sensations-
 Zum Schluß:
Der Wüchling
 Benutzen Sie Vorverkauf
 Baracke u. Circuszoo.

Kroker
 Wollweberstr. 20b.
Tanz
 Weindorfstr.

Tisch
Reisekoffer
 als Tisch und Koffer
 p. Fl. inkl. Stuhl 2.-
 Karbonat-Schmelze für
Wunderkoffer
 p. Fl. 2.40 inkl. Stuhl

Etabliss. Wilhelmsburg
 Heudorf-
 Kraße 54.
Heute
Donnerstag
Großes Tanzfrühchen.
 Nächsten Sonnabend: **Maskenball**

Wartburg
 Telefon
 Ohio Nr. 738
 Telephon
 Ohio Nr. 738

Inh.: **Wilh. Stoye**
Konzert- u. Gesellschaftshaus
 Gräbchenstraße 94 a
Heute sowie jeden
Donnerstag
Vornehmer Ball

Genossen!
 Zu bet am 6. Februar 1921 stattfindenden G. 109
Einweihung
 des freimtl. ein Hermann Joret, Gaildorf, Gräbchenstr. 113.
 NB. Kl. Saal L. Berlin. Terminungen u. Hochzeiten nach hier!

Freitag: Einweihungsfeier.
HAASE-MÄRZEN-AUSSCHANK

Achtung! Parteilosigkeit Achtung!
der U. S. P. D.
 Belegmitglieder der U. S. P. D., die sich bei den Kommunal-
 wahlen nicht angeschlossen haben und nach wie vor
 auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, erhalten die U. S. P. D. die
 Mitgliedschaft durch die Gewählten. Vorkauf
 Programm 50, Postamt, Berlin, Gräbchenstr. 71, 4. St.
 Reichstraße am Platz, 1. St. Gräbchenstr. 71, 4. St.

Ufa
THEATER
 TAUFERTIER PLATZ

Ab morgen Freitag:
 1917/8

Paul Wegener
Lyda Salmonowa
 in dem neuesten
 5 aktigen Filmwerk

Der verlorene
Schatten
 von Paul Wegener
 Regie: Rochus Gliese

Ferner:
Madis Bekehrung
 Ein Kindererlebnis v.
 Herena Kristof-Stock

Die Frau als Landwirtin
 Die Mitar. mit der Frau
 in der Kultur der
 Heimat Erde

Beginn: Pünktlich
 4 Uhr
 Sonntag 3 Uhr

Musikalische Leitung:
 Kapellmeister
Rudolf Knauth

Inserate
 erkaufen in der
Volkswacht
 den größten
!!Erfolg!!

MÜBEL
 Einmal-Einzel, Hoch-
 Hochglanz-polierter emp-
 Schöner, Verzierter, Best-
 schick, Wandkamin, Kuch-
 schrank
Schumann
 1000, Große Auswahl
 in Vorkauf-Zimmer-
 Schöner, Verzierter, Best-
 schick, Wandkamin, Kuch-
 schrank - Wohnzimm-
Wachtplatz
 Berlin, Gräbchenstr. 71, 4. St.
 Reichstraße am Platz, 1. St.

Wartburg
 19235

Nur bis Sonnabend
den 5. Februar
 abends
 6 Uhr

Die Kaufgelegenheit ist
äußerst günstig!

Garnitzblausen
 Ruchstraße 7

Schlesiens größtes Spezialhaus der Herren- und Knaben-Bekleidungsbranche.

Das Elend
der preußischen
Verwaltung
 von Loth. E. Schöcking
 Preis 0.45 Mk.
 Auswärts 0.10 Mk. Porto
Buchhandlung Volkswacht
 Modernes Antiquariat,
 Breslau III.

Die Arbeit im Elternbeirat.
 von Dr. Richard Lohmann. 1.50 Mk. (20% Zuzahl.)
 Zu beziehen durch die Volkswacht-Buchhandlung

Der Volkslehrer im Volksstaat.
 von Dr. Otto Bournol. 1.20 Mk. (20% Zuzahl.)
 Zu beziehen durch die Volkswacht-Buchhandlung

Empfehlenswerte Bücher
aus dem Gebiete der Naturwissenschaft

Kleines Wörterbuch der
Naturwissenschaft,
 enthält über 2000 Stichwörter
 nur 0.50 Mk.

Wie ist das
Leben entstanden?
 von Dr. E. König. 233 Seiten mit
 2 Tafeln u. 28 Abbildung., jetzt brosch.
 2.- Mk., in Leinwand 3.25 Mk.

Prof. A. Forel
Verbrechen und konstituti-
onelle See-enabermitteln
 unter Mitwirkung von Prof. A. Maharin
 bisher 2.50 Mk., gut brosch. nur 1.- Mk.

Hysterie des Mannes
 von Dr. med. Herm. Asbe, Nerven-
 arzt in München
 bisher 2.50 Mk., nur 1.- Mk.

Jumboldt's Kosmos
 in verkürzter Gestalt herausgegeben von
 P. Haffner. Gebd. nur 5.- Mk.

Nach auswärts einzeln. Band 60 Fig.,
 das ganze 1.25 u. 2.00 Mk. Porto.

Buchhandlung Volkswacht
 Modernes Antiquariat.

Buchhaus
Ernst Heinze
 vorm. Max Scholz, Goldeneradegasse 7

Von Freitag, d. 4. bis Donnerstag, d. 10. Febr.
 findet mein
Großes Inventur-
Räumungsverkauf
 statt
mit 30% Kassenrabatt auf Stoffe
und 25% bei Zutaten.

Es gelangen große Stapelposten und feinste Qualitäten in
Anzug-, Kostüm-, Jacketts-,
Mantel- und Ulsterstoffen
 zu konkurrenzlos billigen Preisen zum
Verkauf.

19238

Versäume Niemand dieses Gelegenheits-Angebot.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. Februar 1921.

Heute abend 7 1/2 Uhr

spricht:

Finanzminister Lüdemann

im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Auf, alles in die Versammlung!

Erweiterter Parteivorstand

(Abteilungsleiter, Bezirksleiter, Frauenleiterinnen).

Freitag, den 4. Februar, abends 8 Uhr - im Gewerkschaftshaus - Zimmer 10:

Sehr wichtige Sitzung.

Es darf keiner fehlen!

Genossinnen und Genossen in der Wohlfahrtspflege!

Freitag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr - im Gewerkschaftshaus - Zimmer 6:

Der Zusammenkunft.

Tagesordnung: „Das abergläubische“. Redner: Arbeiter-

genossin Genosse Berkert. - Eingeladen hierzu sind auch alle

Genossinnen und Genossen, die Interesse an den Arbeiten der

Wohlfahrtspflege haben.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehr-

erinnen. Wichtige Sitzung Freitag, den 4. Februar, abends

8 Uhr im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses.

Abteilung Innere Stadt. Freitag, den 4. Februar, abends

7 1/2 Uhr, bei Mühlberg, Antonienstraße 11: Komitee-Sitzung.

Sämtliche Redner und Funktionäre haben pünktlich zu erscheinen

zwecks Einteilung und Abrechnung. Der Abteilungsleiter.

Wahlung. Bezirk 261. Donnerstag, den 3. Februar, nach-

mittags 5 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre und Wahl-

helfer. Sachfragen mitbringen. Pünktliches und vollständiges Er-

scheinen ist Pflicht.

Abrechnung der Bezirkskassierer beim Genossen Feider, Dreiteilung.

Freitag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr.

Unsere Kandidaten für den Provinziallandtag.

Die Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

für den Provinziallandtagswahl für den Wahlkreis Breslau-Stadt:

1. Böbe, Paul, Präsident des Reichstages, Breslau.

2. Wache, Karl, Parteisekretär, Breslau.

3. Reulitz, Emil, Stadtrat, Breslau.

4. Bierich, Edward, Gewerkschaftssekretär, Breslau.

5. Reiser, Eise, Breslau.

6. Sandmann, Eugen, Rechtsanwalt, Breslau.

7. Reif, Karl, Doktor, Breslau.

8. Kaufmann, Gustav, Lehrer, Breslau.

9. Ruffert, Max, Arbeitersekretär, Breslau.

10. Lange, Emil, Architekt, Breslau.

11. Ruff, Fritz, Geschäftsführer, Breslau.

12. Ruff, Richard Friedrich, Universitätsprofessor, Breslau.

13. Ruff, Richard, Redakteur, Breslau.

14. Grohmann, Emil, Erziehungsbeirat, Breslau.

15. Birnka, Anna, Ehefrau, Breslau.

16. Schmitz, Erdmann, Kohleleger, Breslau.

17. Schol, Gustav, Maschinenarbeiter, Breslau.

18. Niemitz, Karl, Stellmacher, Breslau.

Wer ist das?

Es ist einige Jahre her, als ich den jungen Mann kennen

lernte. Die Handlungsgehilfen begannen sich freigeberlich

zu organisieren. Alle Arbeitergruppen waren zur Unterstützung

ausgerufen und so gingen wir denn an die Erfüllung unserer

Schuldenpflicht. Unter diesen anderen ließ ich auch auf ihn. Er

war noch sehr jung und machte es so, wie die andern. Und wie

machten sie es? Es war doch gar zu schön, im Verein mit den

anderen Chefs freundschaftlicherweise etwaige Verbesserungen

im Gehalt und Arbeitsverhältnis untertäglich zu besprechen.

Manchmal erreichte man auch monatliche Aufbesserungen von

drei bis fünf Mark. So war es im Handlungsgehilfenverein von

1874, dem Deutschen Handlungsgehilfenverein und in

dem Verein Deutscher Handlungsgehilfen, überhaupt in allen

solchen Vereinen, die lediglich gesellschaftliche Unterhaltungs-

zwecke verfolgten. Wo und zu was es ihnen auch einmal möglich,

einen länger als sechs Monate stellunglosen Kollegen bei einem

der Ökonomie in Pringwaldsreisen unterzubringen. Zu denen, die

uns, den modernen Arbeitern und Angestellten, am meisten

Widerstand entgegenbrachten, gehörte auch er. Immer und immer

wieder ließ er sich an unserem freien Auffassungssinn, insbesondere

aber daran, daß wir mit Handelshilfsarbeitern, Kaufleuten, Hand-

werker aller Art uns solidarisch erklärten, während dort der

Stolz dominierte und heute? - heute ist er revolutionärer

Arbeiterführer, heute ist er „Gewerkschaftsbosse“. Seine Kollegen

haben ihn übrigens erst kennen gelernt, als er das erste Gehalt

quittierte. Von der Taktik der Gewerkschaften, von dem volks-

wirtschaftlichen Wesen der Organisation, hat er auch jetzt noch

keine Ahnung. Aber das schadet nichts, die Hauptsache, er kann

sehr schöne Brüche, von Roskau gekommen, auswendig und gibt

ihm rechtliche Mühe, das, was er in dieser Richtung noch nicht kennen

schon, zu lernen.

Die kaufmännischen Angestellten und Handelshilfsarbeiter,

die auf seine Phrasen hören, sind zwar nicht betraten, aber sicher-

lich verlaßt. Die Firma heißt Grunow & Co.

Vorlagen, wie bereits erwähnt, zu dem Rücktrittsgesuch den

unmittelbaren Anlaß nicht gegeben. Dieses war vielmehr die

Folge von Verhandlungen im Haushaltsausschuß der Stadtver-

ordnetenversammlung, die gelegentlich einer Ansprache über

die Einführung neuer Steuern nach Berliner Muster zu einem

Zusammenstoß zwischen dem Kammerer und einem Teile der

sozialdemokratischen Fraktion führten, deren Verhalten der

Kammerer als verlegend empfand.

Das ist ein gütliches Zugeständnis, daß der Kammerer einen

sachlichen Grund zu seinem Rücktrittsgesuch überhaupt nicht hat.

Er hat sich im Ausschuß über sozialdemokratische Stadtverordnete

geärgert, die sich aber vorher mit Recht über ihn geärgert haben.

Wie er in den Wald hineingerufen hatte, so schallte es ihm wieder

zurück. Und durch das Echo seiner Stimme fühlte er sich nun so

lieft gekränkt, daß er glaubt, seinen Platz räumen zu müssen. Es

hätte schon genügt, wenn der Kammerer aus dem Vorfall den

Schluß gezogen hätte, daß andere Leute unter Umständen auch

einmal grob werden können.

Das Unglück in der Kleinkinderschule.

An alle leidtragenden Mütter und Väter, welche vom

Unglück in der Kleinkinderschule betroffen sind, wendet sich

eine Zeitschrift, die wir von Frau Alma Prodel, Ottostr. 20

erhalten, deren Sohn eins der ersten Opfer der Katastrophe

wurde. Weil wir den Schmerz der Mutter verstehen und selbst

eine strenge Untersuchung des Unglücks wünschen, geben wir

die Zeitschrift wieder, obwohl wir sie im Augenblick auf ihre Rich-

tigkeit natürlich nicht prüfen können. Offenlich erfüllt sie ihren

Zweck, die Untersuchung zu beschleunigen und die Schuldigen

festzustellen. Denn daß die Kinder schuld waren, kann bloß eine

Zeitung vom Range der „Schlesischen“ nachplappern und an-

geklüßelt der armen Opfer dabei nach dem Rohrtod schreien. -

Die Mutter schreibt:

Ich, als leidtragende Mutter, muß mich wundern, daß

nun auf einmal von diesem tragischen Vorfall geschwiegen wird.

Unsere Kinder, die freudig mit 25 Pfennig die Treppen hinunter-

springen, und abends auf der Totenbahn lagen, ruhen ja in der

Erde. Niemand fragt, ob wir die Mittel zur Beerdigung hatten,

nie hat man vom „Jugendamt“ gehört. Ich habe mich

Wahrscheinlich dieses Schicksal am meisten geirrt. Keinen Pfennig

in der Hand gehabt, mußte ich von einem Orte zum andern

reisen gehen, um oft noch hart abgewiesen zu werden mit der

Begründung: „Und geht die Sache nichts an!“ Ich habe nun

über die Vorgänge erfahren: Und ich will ich näheres berichten:

Gegen 1/4 Uhr hatte Lehrer Unterwies die Kinder zum

Anstellen gewinkt. Die Kinder rannten zusammen und in den

Keller hinein. Erst ohne Drängen und Trängen. Als dann zwei

oder drei Herren kamen, sich durch die Kinderschar drängten,

ging mein Knabe zuerst an zu schreien, worauf dann einer jener

Herren dem wackeren Angst ändernden Jungen noch eine Bad-

weise gab. (Die zwei jüngeren Knaben sind noch im Saal zu

sehen gewesen. Ich habe Zeugen.) Durch dieses Drängen des

Herren wollten die Kinder vorwärts und da fielen alle über

meinen schwachen Knaben. In einer Ecke saß eine Frau (Frau

Bernard oder Bernhardt) gefanden haben, welche mit dem Regen-

schilder auf die flüchtenden Kinder einwirkte, hat zu helfen. Von

hinten kam ein Vater und wollte auch Angehörige aus dem Ge-

dränge holen, ging es aber verkehrt an und warf mit einem nicht

zu kleinen Steine in die Kindermenge. Als dann zwei Herren,

und später noch mehr kamen und die Kinder, meinen als untersten

herangezogen, hatte ein Herr den Kindern Einspritzungen in die

Arme gegeben, wobei gleich fünf verstarben.

Ich möchte nun alle Leidtragenden bitten, mir beizustehen,

Wir wollen geschlossen eine wahre gerichtliche Unter-

suchung fordern. Wir haben unsere Kinder geistlich zu einem

Schulbergangen und zu keinem Morden.

In der letzten Elternversammlung nach der Elternratswahl

wurde uns berichtet von der Eröffnung eines Schulins. Wir

Proletarier sind aber belogen worden, denn der Berichtsteller

erklärte, es handelt sich um ein leeres Klassenzimmer im Parterre

in der Kleinkinderschule. Pünktlich aber hat sich das Klassenzimmer

im Keller befunden.

Herr Fleißmann als Patriot.

Herr Hans Fleißmann schreibt:

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie mit

Bezug auf Ihren Artikel in Nummer 26 vom 1. Februar 1921

„Herr Fleißmann als Patriot“ um Aufnahme folgender Be-

richtigung in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung.

Richtig ist, daß ich im Konzerthaus Wappenhof eine Rede

mit dem Hinweis auf den 18. Januar gehalten habe, der Haupt-

inhalt war jedoch eine Werbung für die Erhaltung Ober-Schlesiens

beim deutschen Reich und der Hinweis auf eine Sammlung

für diesen Zweck. Und wahr ist, daß ich begeistert in das Lied

„Deutschland, Deutschland über alles“ eingestimmt habe, vielmehr

habe ich das abgelehnt und den Saal verlassen. Und wahr ist,

daß ich irgend einem Anwesenden gesagt habe, er sei noch

zu jung, um so etwas beurteilen zu können. Und wahr ist,

daß die nationale Feier unter meiner Leitung fand und un-

wahr ist, daß sich in meiner Gesellschaft reaktionäre Epi-

offiziere befanden.

Herr Fleißmann hat also gesprochen. Er mußte wissen,

vor wem er spricht. Und er hat es gesprochen, daß seine

Zuhörer begeistert „Deutschland, Deutschland“ anstimmten. Es

hat nichts zur Sache, ob er selbst mitgesungen hat. Jedenfalls

hat er den Ton durch seine Rede angegeben. Wer redet, führt

und leitet eine Sache. Und wenn keine reaktionäre Epi-

offiziere da waren, was eine andere reaktionäre Gesellschaft die nach

11 Uhr zur Rettung Deutschlands - geht.

Die politische Unzuverlässigkeit des Herrn Fleißmann

ist bekannt und gerichtlich erhärtet. Wer den Herausgeber näher

kennt, verzichtet auf die Lektüre seiner Zeitung. Und nach dem

er sie noch dazu hergibt, daß sie ein Dr. Riesenfeld, der nach seinen

Briefen in eine Kettwischerlauskast gehört, zur Kasse seiner

Schmuggerie macht, wird wohl jeder den „Geist“ erkennen,

der hier waltet. (D. Red.)

Die Deutsche Volkspartei auf dem Feinmensang.

Um zu zeigen, daß sie auch Arbeiter in ihrer Partei zu

vertreten habe, veränderte große Plakate, daß der Gewer-

schaftsvorstand Herr Seidel nach Breslau komme, um über

Streikfragen zu sprechen. Die wenige Arbeiter oder Ange-

hörte aber die Deutsche Volkspartei im Gefolge hat, zeigte

die Leere des Wappenhofs. Die Arbeiter, die

wirlich gekommen waren und den hohen Eintrittspreis von

einer Mark bezahlt hatten, waren aus anderer Partei-

zugehörig. Die erste Veranstaltung war, daß der Ge-

meist kam, sondern ein Syndikus eines Arbeitgeberverbandes

dieser Partei stammten, und in gemeinsamer Anpöbelung der So-

zialdemokratie und der anderen linksstehenden Parteien. Unsere

Minister versuchte er lächerlich zu machen, und da er weiter

nichts mehr konnte, zog er sogar die Ehebindung eines

komunistischen Abgeordneten in die

Debatte.

Dieser selbstbewußte Herr erhielt in der Ansprache von

allen Seiten die entsprechende Abfuhr. Klipp und klar warnten

sogar Anwesende und Arbeiter davor, den Worten der

Deutschen Volkspartei zu glauben; sie hat noch nie etwas für

die Arbeiter getan, sondern nur die Interessen der Ar-

beitgeber vertreten. Ein Sturm der Entrüstung ging durch

den Saal, als der Syndikus ein ein Loblied auf Hugo

Stinnes anstimmte, der nicht acht, sondern zwölf und vierzehn

Stunden arbeitete.

Der Deutschen Volkspartei könnte man empfehlen, meh-

tere solche Versammlungen abzuhalten, dann würden auch

dem letzten Arbeiter und Anwesenden die Augen aufgehen,

wie es die Rechtspartei auf die Errungenschaften der Re-

volution abgesehen haben.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Auseinandersetzungen.

Am kommenden Sonntag, 10 1/2 Uhr, führt Student-

rat Professor Koch durch die Annahmehaltung des Reiser-

Saules in Scheitling. (Endstation der Linie 10.) Einzelkarten

zum Preise von 2 Mk. sind in der Volksbuchhandlung erhältlich.

Als Ergänzung seines zweiten Anlaufes wird Kunstförderer

Herrnhard Stephan, bevor der dritte Anlauf beginnt, noch

vier Führungen abhalten und zwar: am 13. Februar, 10 Uhr,

durch die Ausstellung der Galerie Stenzel (Arnold), 20. Februar

im Museum der bildenden Künste; um 9 Uhr Fortführung der

Führung durch die expressionistische Malerei, 10 Uhr durch die

Sammlung der Gipsabgüsse und am 27. Februar, 10 1/2 Uhr, durch

die Sammlung des Reiser-Hauses.

Dauerkarten für diese 4 Führungen sind zum Preise von

4 Mark in der Volksbuchhandlung zu haben. Um eine Ueber-

sicht der Führungen zu vermeiden, werden Einzelkarten nur

ausgegeben, wenn die Dauerkarten nicht alle vergiffen sein

sollten.

Zum Abbau der Auguluschule.

Mit der Frage des Abbaues der Auguluschule befaßten sich

am Dienstag abend der Schul- und Finanzausschuß der Bres-

lauer Stadtverordnetenversammlung. Im Laufe der Beratungen

ergab es sich, daß es doch notwendig sei, die endgültige Ent-

scheidung zunächst hinauszuführen, bis festgestellt ob und welche

Kosten der Staat zu den Kosten der Aufrechterhaltung

des Volkstheaters der Auguluschule und auch der anderen Bres-

lauer Schulen zu leisten entschlossen ist. Die Beschlußfassung

über den Magistratsantrag wurde daher innerhalb der Auguluschule

vertagt.

Liedlich-Theater.

Um es vorher zu nehmen, das Februarprogramm bietet einen

Kranz besser Darbietungen. Im Mittelpunkt stehen ohne Zweifel

Altenes Löwen, die männliche und zwei weibliche, mit

denen der Drucker einige ausgezeichnete Kunststücke vorführt. Zwei-

felslos ist von der Direktion für eine unbedingte Sicherheit des Pu-

blikums gesorgt, so daß keine Gefahr besteht. Es wird also in kom-

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 5mal, und ist durch die Expedition: Flurstraße 1 und durch Anstreger zu beziehen.

Volkswacht für Schlesien.

Preis des Monats 1.20 RM., des Quartals 3.60 RM., des Jahres 12.00 RM.

Organ für die werftätige Bevölkerung.

Fernsprecher: Geschäftsbelle Nr. 1206.

Fernsprecher: Redaktion Nr. 3111.

Nr. 28. Breslau, Donnerstag, den 3. Februar 1921. 32. Jahrgang.

Einnütige Ablehnung.

Nach der Reichstagsdebatte.

Die Bedeutung von Reichstagsdebatten namentlich für die auswärtige Politik soll man nicht überschätzen. Wer solchen Debatten beigewohnt hat, findet dann in den Blättern einen Bericht darüber, dessen Unvollkommenheit er erkennt.

Neulich meldete Wolff aus Paris, Briand habe in der Kammer von einem „Frieden der Herzlichkeit“ gesprochen, als aber die Pariser Blätter ankamen, erfuhr man erst, daß er von einem „Frieden der Gerechtigkeit“ gesprochen hatte, was jedenfalls etwas ganz anderes bedeuten soll.

Ebenso wie alle anderen Parteien rechts von ihr, nur eine kurze Erklärung abgegeben. Eine solche Erklärung hat immer noch die beste Aussicht, im Auslande in einigermaßen richtiger Form bekannt zu werden.

Die Wirkung des Ganzen auf das Ausland läßt sich nicht leicht voraussagen. Mehr aber als ein tüchtiger Presselärm wird vorläufig kaum zu erwarten sein.

Ehe mit solchen Gewalttätigkeiten begonnen wird, muß ein Beschluß der Alliierten darüber gefaßt werden. Die Alliierten müßten aber von allen noch denkbaren Menschen als gefährlich geisteskrank betrachtet werden, wenn sie solche Beschlüsse fassen, durch die sie sich vollständig ins Unrecht setzen und den Vertrag von Versailles einfach vernichten würden.

Man kann sagen: Es ist das Gute an der gegenwärtigen Situation, daß es aus ihr keinen Ausweg gibt. Es ist für Deutschland ganz unmöglich, umzufallen — wohin soll es denn umfallen? Mit Unterzeichnungen ist diesmal gar nichts getan, damit kann man sich heute nicht einmal für Monate über auch nur Wochen Ruhe verschaffen.

und nutzlos, wenn man sich durch Zwang zur Unterzeichnung eines unmöglichen Abkommens treiben ließe. Es ist es schon besser, das Diktat, das von der Reparationskommission gefaßt werden wird, zur Kenntnis zu nehmen, klar zu sagen, was man davon erfüllen kann und was nicht — und dann getrost abzuwarten, was weiter geschieht.

Einnütige Ablehnung durch die Presse.

Die gesamte Berliner Morgenpresse beschäftigt sich mit den Pariser Beschlüssen. Die Stellungnahme des Reichstages erbringt den Beweis, daß es dem deutschen Volke vor allem jetzt darauf ankommt, das Ausland durch die Presse wissen zu lassen, daß die Forderungen von Paris als unerfüllbar bezeichnet werden.

Randesliste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (S. P. D.).

- 1. Braun, Otto, vreuß. Landwirtschaftsminister, Berlin.
2. Severing, Karl, vreuß. Minister des Innern, Berlin.
3. Lehner, Robert, Oberbürgermeister, Hannover.
4. Hanna, Gertrud, Gemeindefrauenvereinsleiterin, Berlin-Pankow.
5. Rosenfeld, Dr. Siegfried, Rechtsanwalt, Berlin-Schöneberg.
6. Beyer, Dr. med. Alfred, Regierungsrat, Charlottenburg.
7. Wegscheider, Dr. Siegfried, Schulrat, Berlin-Schöneberg.
8. Cuno, Dr. Heinrich, Universitätsprofessor, Berlin-Friedenau.
9. Marok, Richard, Vorsitzender des Vorstandes der Kriegsbeschädigten, Berlin.
10. Boges, Felix, hantlicher Hilfsleiter, Wallendorf (Kreis Neidenburg).
11. Woldt, Richard, Dozent, Oberfeld.
12. Schupheer, Otto, Verbandsekretär im Zentralverband der Angefallenen, Berlin-Magisdorf.
13. Föhler, Wilhelmine, Referentin im Reichswirtschaftsministerium, Berlin-Schlesien.
14. Feige, Hans, Magistratssekretär, Breslau.
15. Badt, Dr. Hermann, Ministerialrat, Berlin.
16. Subke, Hugo, Anwalde, Berlin.
17. Bernier, Wilhelm, Verbandsekretär im Landvolkerverband, Berlin.
18. Grein, Dr. Heinrich, Studienrat, Neunkirchen (Saar).
19. Stoll, Karl, Bürgermeister, Lauenburg (Elbe).
20. Buchholz, Robert, Lehrer, Wittenberge.
21. Drucker, Dr. Alexander, Referent im Wirtschaftsministerium und Landrat, Charlottenburg.
22. Ruder, Gertrud, hantliche, Domtin, Charlottenburg.
23. Sielina, Gustav, Kriminaloberwachmeister, Düsseldorf.
24. Müller, Heinrich, Arbeitersekretär, W. Gladbach.

Neue Spitzelpläne.

Wie vor einiger Zeit aus dem Ruhrgebiet, so werden auch jetzt aus der Provinz Sachsen kommunistische Spitzelpläne gemeldet. Nach den Mitteilungen aus Magdeburg sollte bereits in nächsten Tagen der geplante kommunistische Aufstand ausgeführt werden.

Die Bedrohung von Stendal ist durch einen Spitzel auf die Spitzelpläne hingewiesen worden. Schwer befaßt wird der Kommunist Albert Vater durch die Aussagen über in Stendal Verhafteten.

Die Ermordung Lijas.

Wien, 2. Februar. Die Subapostler Staatsanwaltschaft hat, wie es heißt, beschlossen, gegen Stephan Friedrich Anlage wegen Anstiftung zur Ermordung des Grafen Lijas zu erheben. Friedrich war bekanntlich der erste bürgerliche Ministerpräsident nach der Befreiung des „Königreichs“.

Im Verhörungsprotokoll zeigt sich es zu schweren Anschuldigungen der Inzidenz gegen den Oberarzt Dr. Saar gekommen. Als Dr. Saar die Anstiftung von Freiheitskämpfern für ihn anstiftete, drangen eine Anzahl Patienten auf ihn ein. Der Arzt mußte auf die Straße flüchten. Das Hauptverhörungsprotokoll ließ das Saarett von der Polizei besetzen und beschloß es aufzuheben. Von den 200 Inzidenzen wurden 10 in andere Heilanstalten überführt, der Rest der Patienten wird entlassen werden.

Streik in Straßburg. Nach einer Blättermeldung sind in Straßburg die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, Schiffszimmerleute und Maschinenbauer wegen Lohnrückstellungen in den Kasern gestreikt. Die Arbeiter des Metallhandwerks haben sich den Streikenden angeschlossen. Der Streikabwärtsverkehr ist...

Der Reichstag gegen die Pariser Beschlüsse.

Berlin, 2. Februar. Am Regierungstisch: Reichskanzler Bethenbach, Dr. Simons, Heinze, Wirth, Edols, Koch.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung.

Abg. Schiffer (Dem.): Namens der Zentrumspartei der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die uns vorgelegten Noten enthalten Zumutungen, die weder mit den Bedingungen des Friedensvertrages, noch mit der Ehre und den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des deutschen Volkes vereinbar sind.

Ihre Vorschläge in der Reparationsfrage beweisen, daß auch sie sich der Erkenntnis nicht mehr verschließen können, daß wesentliche Bestimmungen des Friedensvertrages sich als unmöglich herausgestellt haben. (Sehr richtig.) Die Vorschläge jedoch, die uns die Alliierten zu einer Abänderung dieses Vertrages vorlegen — darüber wollen und dürfen wir schon jetzt keinen Zweifel lassen — sind für uns unannehmbar und nicht geeignet, die Grundlage für Verhandlungen zu bieten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hermann Müller (Soz.):

gibt namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages stimmt der Erklärung des Außenministers zu. (Beifall.) Eine deutsche Regierung, die bereit wäre, diese Vorschläge für ausführbar zu erklären, wird sich nicht finden. (Lebhafter Beifall.) Sie würde das Vertrauen weder des Inlandes noch des Auslandes besitzen, denn sie würde sich einer Unwahrheit schuldig machen. (Zuruf des Abg. Dr. Hoffmann. Gegenrufe.) Durch keinerlei Abmachungen kann die Latache aus der Welt geschafft werden, daß die geforderten 42 Jahreszahlungen die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes um ein Vielfaches übersteigen. Die geforderten 12prozentigen Abgaben von der gesamten Ausfuhr stehen ebenso wie der auf 42 Jahre berechnete Tilgungsplan im Widerspruch zum Friedensvertrag von Versailles, der eine in 30 Jahren zahlbare feste Summe, nicht aber Summen aus der deutschen Wirtschaft von unbestimmter Höhe, vorsieht. Die Ausfuhrabgabe bedeutet einen Zwang für die ganze Welt, die deutschen Waren teurer einzulassen, zugleich aber auch eine dauernde Herunterdrückung der deutschen Lebenshaltung und die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse, die die stärkste Säule der deutschen Republik ist. (Zustimmung.) Die geplante Kontrolle der deutschen Auslandsanzleihen und des deutschen Zollsystems würde gleichfalls der Wirtschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt eine unerträgliche Zwangssacke anlegen. Die Pariser Vorschläge schaffen nicht die Wiedergutmachung, die das arbeitende deutsche Volk zu leisten fähig und bereit ist, sie verschärfen vielmehr die wirtschaftliche Krise zur europäischen Katastrophe. Die Sozialdemokratie des Deutschen Reichstages lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder auf diese drohende Gefahr und richtet an sie die Aufforderung, auf das Außenbelommen von Verhandlungen hinzuwirken, die unter Berücksichtigung der Interessen der großen Arbeiterinternationale das Wiedergutmachungsproblem einer praktischen, für alle Welt heilsamen Lösung entgegenführen.

bedeuten, daß für die anderen Völker kein Anlaß mehr besteht, die schweren Rüstungen weiter zu tragen, die sie jetzt noch be-
drücken. (Sehr richtig!) Nur eine allgemeine Entlastung
wird den Völkern der Welt sichern und die Voraussetzung
für einen wahren Völkerbund schaffen, der das Ziel der sozialistischen
Arbeiterklasse der ganzen Welt ist. (Beifall.)

Hr. Dr. Herzt (Dnt.): Wir sind sehr froh, daß die Verhandlungen von dem
ganzen Ernst der Lage, der durch die Note der Antisemitischen
Richtungen geschaffen worden ist. Die Forderungen des Völkerbundes
in ihrem materiellen Inhalt gehen noch über die wirtschaftlichen
und unerfüllbaren Bedingungen hinaus, die uns durch das Ver-
halten von Versailles aufgezwungen worden sind. Für uns gibt
es gegenüber diesen neuen Zumutungen nur ein gutes, un-
ausweichbares Mittel. (Beifall.)

Hr. Dr. Ledebour (Unabh.): Ein großes Geschlecht müßte
die vorkriegsständigen Verhältnisse wiederherstellen, von denen der
Welt gekümmert hat. (Frustr. Rufe rechts.) Herr Herzt und seine
Freunde haben gar nicht gelernt und alles vergessen (Unruhe
rechts), die deutsche Arbeiterklasse hat das aber nicht vergessen.
(Unruhe rechts.) Ein Teil der Deutschnationalen und der deut-
schen Volkspartei vertritt den Saal. Rufe rechts: Ententever-
treter. Rufe links: Kriegsverbrecher.

Der Redner bespricht dann die Einzelheiten der Note. Daß
die Ententeleistungen in so historischer Form gestellt werden,
ist Schuld der Bewegung, die darauf hinarbeitet, Kriegsvorbereitungen
durch Aufstellung von geheimen Truppenverbänden
zu schaffen, wie die Cracich-Organisation und alle ähnlichen Orga-
nisationen. Wir verpflichten uns, wenn es zu Verhandlungen
kommt, sehr viel von der Gerechtigkeit der englischen und französischen
Arbeiter.

Hr. Dr. Fehi (Komm.): Die Regierungserklärung und die
Erklärung der Mehrheitsparteien haben im Widerspruch mit
dem parlamentarischen System das unmögliche. Man mag nicht,
dem Problem sich in die Augen zu sehen. Die unterbrückten Völker
der ganzen Welt stehen den Unterbrückten gegenüber, deren Führer
die Staaten der Entente sind. Der Führer der Unterbrückten
ist Sowjetrußland. In Rußland muß endlich der Weg gefunden
werden.

Die Aussprache schließt.
Am Schluß der Aussprache im Reichstag ergriff

Präsident Eöde

das Wort zu folgenden Ausführungen:
Mit Ausnahme des Sprechers der kommunistischen Partei
haben die Redner von rechts bis links die Unmöglichkeit der dem
deutschen Volke zugewandten Forderungen dargestellt. Unsere
Bertragsgegner auf diese Worte hören, damit ihnen und uns
die Tatsache erspart bleibe, die einzelnen müßte, wenn sie den
Vertrag eines gewalttätigen Diktums durch die un-
möglischen Forderungen wagen. (Beifall.) Wir wissen:
diese aus ungeduldrigen Forderungen haben eine teilweise Er-
klärung in dem merkwürdigen, fast naiven Glauben, daß deutsche
Geld mit einem Anschlag und seiner Wirkung nicht sei und be-
reits zu haben und werden sich immer wieder emporkämpfen. Aber
die Gegner mühen sich nicht, daß der ganze Arm erschaffen
und daß die künftige Schicksale sind. (Unterbrechungen
von Seiten der Unabhängigen und Kommunisten. Ruf: Die
Rednerung ist geschloffen! Rufe rechts: Ruhe!) Und der beste
Wille schließt, wenn ein Volk, das solches durchgemacht hat, dann
anmerken wird, daß wieder neue Wirtschaftskrisen anzulegen
und unerschöpfliche Kräfte auszuheben. (Sehr laute Rufe links:
Rufe: Die Debatte ist geschloffen!)

Seine Damen und Herren! Der Fremde, der unser Land
besucht, soll nicht glauben, daß das Leben, das er in den Haupt-
städten und den ersten Hotels und vornehmsten Restaurants unserer
Großstädte hindurchgeführt hat, das normale Volksleben sei.
Rein, weite Verarmung! Dort, wo von 600 Gemeindegliedern
400 kein Hemd mehr auf dem hageren Körper tragen, dort, wo
Kochtücher und Tischtücher ihre Opfer fordern, dort, wo die Mutter
mit weinen Worten die Bitte ihres Kindes nach einem zweiten
Stück Brot abschlagen muß, wo Hunderttausende von
Dobachlösen ein Obdach suchen, dort zerfällt in jeder Stunde,
dort verachtet jeder Tag einen Teil unserer Volkskraft, die erste
Voraussetzung für den Wiederaufbau und die Möglichkeit für die
Erfüllung maßvoller Wiederherstellungsforderungen. Meine
Damen und Herren! Die Aufgehörten können das nicht aus der
Welt schaffen. Lebhafte Zustimmung im ganzen Hause. Das
deutsche Parlament hat seine warnende Stimme erhoben. Wird
sie überhört, dann tragen die Folgen nicht nur wir, sondern ganz
Europa und auch die, die jetzt rufen. (Beifall.)

Er empfängt sich nun eine kühne Geschäfts-
verhandlungsaussprache, da die Kommunisten und Un-
abhängigen Erklärungen dagegen erhoben, daß der Präsident nach
Schluß der Aussprache noch sachliche Ausführungen gemacht hat.

Hr. Dr. Herzt (Dnt.) erklärt, daß es von jeder Brauch im
Reichstag war, daß in geschichtlichen Augenblicken der Präsident
die Stimmung des Hauses zusammenfaßt. (Beifall.) Die Worte des
Präsidenten werden beim deutschen Volke all-
gemeine Zustimmung finden. (Erneuter Beifall.) Damit schließt
die Geschäftsverhandlungsaussprache.

Der Reichsausschuss wird in dritter Lesung genehmigt.

Es folgen die zurückgestellten Abstim-
mungen des Reichsausschusses. Ein
Vorschlag eines Beschlusses der Reichsausschüsse der Reichs-
regierung. Angenommen wird ferner ein Antrag der bürger-
lichen Parteien, wonach die vom Ausschuss getragenen Offiziers-
stellen bei der Reichswehr und der Reichsmarine wieder besetzt
werden.

Genehmigt wird der erste Satz zum Reichs-
gesetz.
In der dritten Lesung wird mit 7/10 der Stimmen angenommen,
das Gesetz über den Erlaß von Verordnungen für die Zwecke des
Wahrgangsverfahrens.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die
Erlaßung der Verordnungen für die Zwecke des Wahrgangsverfahrens.
Die Vorlage wird nach kurzer Aussprache in der
Fassung des Ausschusses angenommen.

Dem Antrag des Reichsausschusses auf Ver-
legung der Genehmigung der Strafverfolgung der Abg. Eich-
holz (Komm.), Leuber (Komm.), Ernst (Unabh.) wird
zustimmend. Der Untersuchungsausschuss, der die gegen den
Reichsernährungsminister Dr. Herzt erhobenen Vor-
würfe prüfen soll, soll aus acht Mitgliedern bestehen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Nachtrags-
Kleine Vorlagen.

Wilhelm der Zerschmetterer.

Von Fritz Reuter.

Auf Wilhelms Einpruch daß der dritte Band von Bismarcks
Werken und Erinnerungen in Deutschland nicht gedruckt werden
darf, hat der Kaiser sich sehr bedauert. Er hat sich sehr bedauert,
daß die Kaiserin nicht daran ist. Er hat sich sehr bedauert,
daß die Kaiserin nicht daran ist. Er hat sich sehr bedauert,
daß die Kaiserin nicht daran ist.

Das erste Kapitel des 3. Bandes der Bismarck-Erinnerungen
beschäftigt sich mit dem Prinzen Wilhelm. Es wird darin
n. a. erzählt, welche Mühe sich Bismarck gegeben habe, um den
Prinzen für eine große Postbahn durch die russischen Provinzen vor-
zubereiten und wie er den alten Kaiser bestimmen wollte, daß Prinz
Wilhelm im russischen Lande arbeiten sollte. Der Vater
des Prinzen schrieb darauf einen Brief an Bismarck, in dem
es heißt:

„Ich halte es für notwendig, daß mein ältester Sohn die
innere Lage des eigenen Landes kennen lernt, bevor er, der
zu vornehmlichem Teile neigt, sich unmitte mit Politik
beschäftigt. Sein Wissen muß nicht auf Er hat noch keine
richtigen Unterreden und im Zusammenhang mit seiner Unter-
redung und dem Wandel an Erfahrung, mit keiner Meinung zur
Selbstüberhebung und Selbstüberhebung muß
ich es als entschieden betrachten, daß mein ältester Sohn
von den auswärtigen Politik in Verbindung zu bringen.“

Bismarck antwortete, daß in dynastischen Familien der
Wille des Kaisers den des Vaters überwiegt und daß der Unter-
redungskreis der Kaiserin als Indikator für den Kräftekreis
der Kaiserin hat nun den Prinzen Wilhelm und dem Kaiser
Einen einzuweisen, aber die Zusammenkunft der beiden führte zu
keiner Entscheidung.

Der Kaiser und der Kaiserin, der Sohn leide an Selbstüber-
hebung, nicht selbst ich, beweißt Bismarck sofort in seinen weiten
Ausstellungen, um dem „Holländisch-Niederlande“ in der
Wiederkehr.

Bismarck beschloß sich weiter sehr ansehend mit Stöcker und
der im Jahre 1887 hatte fundieren Gründung der Sozialisten,
für die sich Prinz Wilhelm ausdrücklich erklärte. Es lebte sehr
schon eine Zeitlang, die sich erheben mit der Berlin
Elders beschloß. Prinz Wilhelm wurde wiederholt. Bismarcks
Sohn hat das Prinzip in seiner Kammer geübt, und zwar durch
mehrere Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die
aber sowohl Bismarck als auch sein Sohn erst herüber lesen. Prinz
Wilhelm schrieb dem Kaiser an Bismarck, worin er seine
Tätigkeit für die Sozialisten sehr ausführlich verteidigt und sie
als die vernünftigste Aktion gegen die Sozialdemokra-
ten schildert. Sehr charakteristisch ist der letzte Absatz dieses
Er wußte darin Bismarck an allfällige Kräfte über:
„Was es Ihnen bedeutet sein, was bisher für das Land zu
tun.“

Es ist ein Frieden, es ist ein Krieg.

Wohl das letztere der Fall sein, dann verzeihen Sie nicht, daß
ich eine Hand und ein Schwert von einem Manne
nicht haben, der sich wohl bewußt ist, daß Friedrich der Große
den Befehl ist, der allem dreimal lieber Gomer hätte als mir
sein, und der während 10 Jahre seiner beschränkten Ausbildung nicht
unfähig zu sein überfordert hat.

Am 29. November 1887 richtete Wilhelm einen anderen Brief
an Bismarck, jenen Brief, den er an die Kaiserin seines Groß-
vaters und Vaters schrieb, damit er für den Fall, daß er plötzlich
zur Regierung berufen würde, sofort den Bundespräsidenten
überreicht werden könne. Dieser Brief sollte bei
dringlichen Gelegenheiten im Reich verlesen werden
und im ersten Augenblick den Bundespräsidenten überreicht werden.
Es heißt darin:

„Ich bitte Sie, Excellenz, —“
Der Kaiser sagte ab.
„Einen Moment“, sagte er. „Ich bin von Petersburg anhe-
rüber gekommen, über Sie zu berichten.“
Schallig wurde das bis in die Stube. Die dieser Bericht
ausließ würde, kam er sich lebhaft vorstellen, und daß er noch
diesen Bericht die längste Zeit Politikmeister gewesen sei, wußte er
nur zu gut.

„Ich verzeihen Sie, Excellenz, wiederholt“, sagte er, „daß alles
Ehre ist. Ich habe mir nichts zu schaden kommen lassen. Ich ver-
zeihe meinen Dienst pflichtgemäß und loyal. Ich möchte beinahe
behaupten, daß ich sehr beliebt bin bei der kaiserlichen Bevölkerung. Ich
bitte Sie, Excellenz, zu berücksichtigen, daß der Abschied von der
Armee für mich die Bedeutung einer Exil bedeutet, daß mir
denn nichts mehr übrig bleibt, als mir ein Ansel durch den Schatz
zu geben. Ich bitte Sie, Excellenz, um Gnade.“

Der Kaiser lächelte höflich. Dann stand er auf und ging
langsam im Zimmer auf und ab. Dieß vor einigen Wörtern stehen
und betrachtete sie aufmerksam. Dann kehrte er sich wieder und stam-
melte mit den Fingern auf die Tischplatte. Plötzlich blinnte er dem
Politikmeister noch ins Gesicht und sagte:

„Ich will Gnade vor Recht ergehen lassen, wenn Sie mir Kissa
als Dankschreiben im Haus schicken.“

Schallig machte verwunderte Augen. Dann dachte er, woher
kam der Kaiser Kissa? Und wenn er wieder nichts wollte, als das
Recht, das konnte er haben. Er wollte sich keine Mühe mehr
machen. Und dann kam ihm ein Gedanke, der ihn fast wahnwitzig
machte vor Freude. Er konnte dem Kaiser nehmen ein Ansel, denn
wenn er dem Kaiser Kissa gab, würde der Kaiser ein Ansel zu-
schicken und würde nicht so verfahren sein, als er schon. Eine
Hand wußte je die andere.

„Wenn es Ihnen lieber fällt, Herr Politikmeister“, sagte der
Kaiser, der dem weichen Gesichtsausdruck Schallig ganz anders
sah. „Kissa verschreiben, dann können Sie es in einem Augen-
blick über die Hand geben. Sie sind nicht an den Kaiser kommen.“

Schallig spielte den Betrümmerten.
„Es fällt mir lieber, Excellenz! Wenn ich habe das
Recht ist. Aber für Sie, Excellenz, will ich alles tun. Sie, Ex-
cellenz, schicken Kissa bekommen.“

„Schicken Sie mir ein Kopie des Kaiser an die Kaiserin.“

Es handelt sich darum, daß
die Bundespräsidenten barieren müßten.
Wenn ich sie erst von meinem Hofen und von meinen Pflichten
überzeugt und sie dann in der Hand habe, dann wäre ich sie
besto lieber. Denn voriert muß werden, aber besser ist es,
wenn es aus Vertrauen und Ueberzeugung geschieht als ge-
zwungen.“

Der Kaiser antwortete Bismarck erst am 6. Januar 1888
mit der Bismarck, daß er nur handschriftlich antworten konnte,
und durch Schmecken und Schmecken ist bisher verhindert gewesen
ist. Er sagt, er müßte ein ganzes Buch schreiben, um den Brief
wichtig zu beantworten und gibt dem Prinzen den Rat, ihn un-
verzüglich zu verkennen. Wenn ein solcher Entwurf
vorher bekannt werden würde, dann würden nicht nur der Kaiser,
sondern auch der Kronprinz, demütigt werden und eine
Geheimhaltung sei ja kaum zu erwarten.

Sobald sich Bismarck dem Prinzen aneinander, welches die
Bedeutung der Bundespräsidenten nach der deutschen Verfassung war und
wie außerordentlich unangenehm ein solcher Brief auf die Bundes-
präsidenten wirken würde. Es heißt dann:

„Denn den einzelnen Schuss für die Monarchie erblicke ich in
dem Königsarbeitsbank.“

für die Demokratie helfen nur Soldaten.
Das alte Wort von 1848 bleibt wahr. Bismarck können dabei viel
überleben aber wenig helfen. Die Länder, in denen die Arbeiter
am fröhlichsten sind, sind die revolutionärsten und 1848 haben
in allerbaldigsten alle Arbeiter auf Seiten der Regierung,
und doch hat die Arbeiter von 1848 sozialistisch gewährt.“

Wilhelm hat diese Auseinandersetzung wohl überkommen. Er
antwortete am 14. Januar 1888. In dem Schlußsatz seines
Briefes heißt es: „Ueber eine Manifestation, wie es diejenige sein
wird, wenn Sie offiziell von der Spitze der Stadtmission ver-
schwindet, denke ich, daß diese Bedrohungen meiner Absichten
meine Stellung verschärfen müssen. Falls nicht, dann
wäre denen, über die ich zu regieren haben werde.“

Hierzu bemerkt Bismarck, daß hier bereits das prinzipielle Wort
kam, der spätere kaiserliche Ausspruch enthalten war: „Wer mit
entgegentritt, den verzeihe ich.“

Dieser Mensch der schon in so jungen Jahren ausgesprochenen
Kaiserentwöhnung genoss, konnte dann 30 Jahre lang in West-
und Deutschland ins Unglück führen. Das Unglück wurde verursacht
oder doch vermindert worden, wenn als Gegengewicht gegen einen
narrischen Potentaten, eine wirkliche demokratische Ueber-
lieferung in Deutschland bestanden hätte. Aber nach Bismarck
hätten gegen Demokraten nur Soldaten. Bis der Zusammenbruch
kam, dessen Kosten jetzt das deutsche Volk bezahlen soll, während
Bismarck im trocken sitzt!

Indiens neue Verfassung.

Während des Krieges haben indische Soldaten für England ge-
kämpft. Nun mußte England sein während des Krieges und unter
Wahrung der indischen Punkte gemächtes Verfahren einlösen.
Indien eine Verfassung zu geben. Das im Jahre 1910 ange-
nommene Gesetz soll binnen kurzem in Kraft treten. In wesentlichen
Angelegenheiten, wie Unterrichtsangelegenheiten, Landwirtschaft, öffentliche
Arbeiten, soll Indien eine Autonomie genießen, während an-
dere Staatsangelegenheiten gemeinsam mit England verwaltet wer-
den sollen. Es wurde für ein parlamentarisches Regime gefordert,
die Regierungsmittel werden vom Parlament gewählt.

Die Angehörigen sprechen dafür, daß diese Verfassung zu spät
gewährt wurde. Die Erbitterung gegen England ist bereits zu groß.
Der mohammedanische Teil der Bevölkerung, der den größten Ein-
fluß besitzt, ist durch den Frieden von Secra, durch den das indische
Kaiserat beendet wurde, sehr erbittert und will von den Engländern
nichts wissen. Eine noch heftigere Opposition ist den Engländern
in den indischen Nationalisten entgegen. Diese Partei läßt eine
passive Resistenz; sie nimmt keinen Teil an den Wahlen und
an den Staatsgeschäften; sie will sogar einen Boykot gegen alle eng-
lischen Waren ausbrechen. England hat in Indien allem Anschein
nach fast ebenbürtige Schwierigkeiten zu bekämpfen wie in Irland.

Die allgemeinen Zustände in Indien sind zurzeit sehr schlecht.
Ein Mittelglied des englischen Unterhauses, J. Sorjox (mitgeteilt im
„Labour Leader“) erzählt, daß in Indien Frauen und Kinder die
ganze Nacht in den Gruben arbeiten müssen; daß Mütter ihre Säug-
linge in die Gruben mitnehmen müssen. Die Arbeitslöhne reichen
zum Lebensunterhalt nicht aus. Nach Angaben eines amerikanischen
Boten — wofür wir die Verantwortung nicht übernehmen können —
ist der Durchschnittslohn des indischen Arbeiters nicht höher als
jährlich 10 Dollars. Die Wirtschaftskrise hat die Lage sehr ver-
schärft. Sie ist von einer Katastrophe bedroht, der Wert des in-
dischen Geldes, der Rupee, ist infolge des Sinkens des Silberwertes
bedeutend verschlechtert. Mit diesem schlechten Gelde müssen die
englischen Waren sehr teuer bezahlen, während sie ihre Landes-
produkte zu sehr billigen Preisen niedrigen Preisen abgeben müssen.

Infolge des Friedensvertrages ist die im Jahre 1912 ange-
nommene internationale Regelung des Opiumhandels in
Kraft getreten; es wird aber berichtet, daß die darin aufgestellten Be-
schänkungen wegen der Nachlässigkeit der Behörden, die im Soldat
des Opiuminteresses stehen, nicht eingehalten werden. So wird
die Gesundheit der Bevölkerung auch weiter systematisch untergraben.

Die Parasiten.

Von Bernhard Kluge.

(Nachdruck verboten.)

„Ein Frachtmann“, murmelte er durch die Zähne.
Dann wandte er sich an den Polizeimeister.

„Ich habe Sie absichtlich nicht über mein Kommen unterrichtet,
weil ich einige interne Sachen, die nur uns beide angehen, mit
Ihnen besprechen will.“

Schallig verneigte sich.
Der Herr fuhr fort:

„Vor allem, Herr Politikmeister, sind mir drei Leuten
zu danken gekommen, die mich fast nicht mehr länger gesehen hätten,
daß Sie an dem Tage meiner Tochter Hochzeit sind. Ob diese oder
andere, weiß ich allerdings noch nicht.“

„Gnug“, fuhr er dem Grafen durch den Schweiß.
Dann, Herr Politikmeister, waren einige kühler Bürger bei
mir die Hölle über Ihr Leben und Tugend hier Platz suchen. Sie
sollen sich bescheiden, um die Sache richtig beim Kaiser zu machen,
wie ein Schwachmann.“

Der Politikmeister nickte sich.
„Es wird in Rücksicht von Seligen gesprochen, da Sie mit
Ihnen Freunden verhandeln, die geeignet sind, nicht nur die Ehre
des kaiserlichen Diensten, sondern der gesamten Offiziere der Armee
zu schänden. Ich bitte Sie, die Sache richtig beim Kaiser zu machen.“

Schallig nickte sich auf die Lippen. Dann er nun sprach: „Hör,
was dich Bürger nennt!“

„Es werden sich darüber im Klaren sein, daß es nur möglich
ist, daß Sie zu erkennen, daß Sie Offizier sind.“

„Ich habe das nie bezweifelt, Herr Politikmeister.“
„Schallig, das ist doch nicht die Sache, die Sie meinen!“

„Ich verzeihen Sie, Excellenz, es ist alles klar. Ich bin der
Bürger, der die Ehre meines Landes mit Ihnen teilen möchte.“

Auf des Unterredungsstüben hinter ein leichtes Schloß. Dann
legte er:

„Ich bitte Sie, Excellenz, —“
Der Herr sagte ab.

„Einen Moment“, sagte er. „Ich bin von Petersburg anhe-
rüber gekommen, über Sie zu berichten.“

Schallig wurde das bis in die Stube. Die dieser Bericht
ausließ würde, kam er sich lebhaft vorstellen, und daß er noch
diesen Bericht die längste Zeit Politikmeister gewesen sei, wußte er
nur zu gut.

„Ich verzeihen Sie, Excellenz, wiederholt“, sagte er, „daß alles
Ehre ist. Ich habe mir nichts zu schaden kommen lassen. Ich ver-
zeihe meinen Dienst pflichtgemäß und loyal. Ich möchte beinahe
behaupten, daß ich sehr beliebt bin bei der kaiserlichen Bevölkerung. Ich
bitte Sie, Excellenz, zu berücksichtigen, daß der Abschied von der
Armee für mich die Bedeutung einer Exil bedeutet, daß mir
denn nichts mehr übrig bleibt, als mir ein Ansel durch den Schatz
zu geben. Ich bitte Sie, Excellenz, um Gnade.“

Der Kaiser lächelte höflich. Dann stand er auf und ging
langsam im Zimmer auf und ab. Dieß vor einigen Wörtern stehen
und betrachtete sie aufmerksam. Dann kehrte er sich wieder und stam-
melte mit den Fingern auf die Tischplatte. Plötzlich blinnte er dem
Politikmeister noch ins Gesicht und sagte:

„Ich will Gnade vor Recht ergehen lassen, wenn Sie mir Kissa
als Dankschreiben im Haus schicken.“

Schallig machte verwunderte Augen. Dann dachte er, woher
kam der Kaiser Kissa? Und wenn er wieder nichts wollte, als das
Recht, das konnte er haben. Er wollte sich keine Mühe mehr
machen. Und dann kam ihm ein Gedanke, der ihn fast wahnwitzig
machte vor Freude. Er konnte dem Kaiser nehmen ein Ansel, denn
wenn er dem Kaiser Kissa gab, würde der Kaiser ein Ansel zu-
schicken und würde nicht so verfahren sein, als er schon. Eine
Hand wußte je die andere.

„Wenn es Ihnen lieber fällt, Herr Politikmeister“, sagte der
Kaiser, der dem weichen Gesichtsausdruck Schallig ganz anders
sah. „Kissa verschreiben, dann können Sie es in einem Augen-
blick über die Hand geben. Sie sind nicht an den Kaiser kommen.“

Schallig spielte den Betrümmerten.
„Es fällt mir lieber, Herr Politikmeister! Wenn ich habe das
Recht ist. Aber für Sie, Excellenz, will ich alles tun. Sie, Ex-
cellenz, schicken Kissa bekommen.“

„Schicken Sie mir ein Kopie des Kaiser an die Kaiserin.“

„Dann sind wir ja einig, Herr Politikmeister! Wann kommt
Kissa?“

„Wann Sie, Excellenz, befehlen!“

„Dann bitte ich darum, daß Kissa noch im Laufe der Woche
die Stellung antritt!“

Schallig wurde ebenfalls aufgefunden und verzeigte sich.
Der Herr gab ihm die Hand. Der Polizeimeister gab ihm das
Geld. Sieger ging hinter den beiden her und wußte nicht, was
das bedeuten sollte, daß die beiden da sich so anständig unterhalten.
Er witterte Gefahr. Als er dann die Lippe des Autos geöffnet
hatte, und der Herr Kissa genannt, sah er, wie Geratoto dem
Politikmeister die Hand gab und hörte, wie er sagte:

„Allo, noch im Laufe dieser Woche kommt Kissa zu mir! Auf
Wiedersehen, Herr Politikmeister!“

Schallig schloß die Türen auf. Auch Gregor stand
hinter. Katernd fuhr das Auto an. Ein befriedigendes Lächeln
umspielte die Lippen des Grafen und mit zufriedenen Augen blinnte
er dem Auto nach. Dann wandte er sich an Gregor und sagte mit
bösem Blick:

„So, Du Hund, und nun rechnen wir ab! —“
Der Politikmeister rief Kissa zu sich.

„Wohin Du, wer das war, der eben hier war?“

„Kein — interessiert mich auch nicht weiter!“

„So?“ sagte Schallig höflich. „Du würdest gut tun, Dein
Interesse ihm zuwenden!“

„Dann?“
„Recht Du sein Stücken werden soll!“
„Dann ist es!“
„Du mußt ab Du wußt oder nicht!“
„Kissa, ich habe dich und heute ganz ruhig.“
„Du kommst und wünschst. Du untertan zu sein! Wenn es
nicht auch vor Dir steht — jedoch Du bist mir kein Fremder mehr!
Aber wenn du mir an sein, dann sprichst Du mich nicht!“
Schallig nickte im Wart. Sollte das für die Judenmord
etwas wichtig sein? Er sah keine Hoffnungen wie Seitenhaken ge-
geben. Schon wollte er antworten, daß er davon nichts wußte,
daß er mit Güte mehr zu erreichen sei, als mit Gewalt.“
„Du weißt nicht, was Du in den Wind schlagst, heute
er, es ist keine Excellenz, der Gemeindegemeinde von Berlin,
Kissa, Katernd, der Dich befehrt!“

(Fortsetzung folgt.)

Breslau (Land)-Neumarkt.

Eine Abfuhr des Landbundes.

Das den Agitatoren für den „Schlesischen Landbund“ nicht alles geglaubt wird, namentlich aber solchen Agitatoren, die „Landwirte ohne Acker und Halm“ sind, wie Direktor Darr, das mußte dieser Herr neulich zu seinem und seiner Freunde größten Leid in Groß-Schottgau erfahren. Wir können dem Verein der Großagrarien die schätzbare Abfuhr durch wirkliche Landwirte von Herzen und wünschen nur, daß der Versuch des Stimmensanges für die Liste des „Landbundes“ überall in der Öffentlichkeit solche Erfolge haben möchte.

Für uns Sozialdemokraten aber gab es auch ganz Interessantes zu hören. Herr Darr erklärte mehrmals recht treuherzig, um vor den Staatsbetrieben graulich zu machen, daß er während des Krieges als Landbesitzer auf dem Staatsgetreideboden mit Getreide umzuhandeln, einfach gefaucht habe. Also beratt gewissenlos ging dieser gebildete Herr, der sich heute als ein Führer der Bauernschaft aufspielt, seinen Kameraden mit schlechtem Beispiel voran. Ein kleiner Beitrag zu den Kapiteln „Durchhalten“ und „Dolchstoß“. Ferner erwähnte man, daß nicht etwa der „Landbund“, nein, irgend ein Herr Darr mit noch einem Privatmann soundso die Gewehre Nr. 71 an gewisse Leute vermittelte. Es ist nur Zufall, daß jene beiden Herren Geschäftsführer des „Landbundes“ und die Abnehmer die Vertrauensmänner des Bundes sind. Keiner Zufall! Den Herren sei aber mit aller Deutlichkeit gesagt, daß Einbruch und Gewalttat kein Grund für Privatpersonen ist, Gewehre zu vermitteln. Das ist nur Sache der Behörden.

Die Führer vom „Landbund“ sollen derartige Geschäfte ruhig bleiben lassen. Sie können statt dessen, wie Herr Darr so schön sagte, Hosenträger vermitteln, aber recht haltbare, für den Fall, daß ihre Herzen wieder mal in die Hosen rutschen.

Gerichtsprozeß. Eine sonderbare deutschnationalistische Versammlung gab es hier am Dienstag abend. Ein Versammlungsleiter war erschienen. Der angekündigte Redner war aber „blühend“ erkrankt. Das fiel auch dem Leiter nach einer Stunde Wartens zum Glück ein. Die deutschnationalen „Gewirke“ fehlten ebenso. Und was voransteht nun bei der für den fehlenden Redner einzuordnende Leiter? Durch die Schuld der S. P. D. ring der Krieg verloren, denn sie haben vor dem Kriege die Heeresverträge bekämpft, im Kriege die Front gemüht und endlich von hinten erdolcht! Wer kann uns retten aus allem Gerede? Die Sozialdemokratie! Und die Deutschnationalen! Denn die würden keine Paritätregierung führen, sondern nur auf die Staatsnotwendigkeiten sehen! Das schätende Gelächter der Versammlung war die beste Antwort darauf. Genosse Schiller widerlegte im zündender Rede die antinationalen Behauptungen des Vorredners und zeigte überzeugend, wie nur eine uns herausführen kann aus allem Gerede, nur eine uns freihetliche Entwicklung sichern kann, die Stimmabgabe für die Sozialdemokratie am 20. Februar.

Kleinsdorf. Unsere Wählerversammlung am 2. d. M. ist fast beendet. Ortsgruppenführer Feiler eröffnete die Versammlung. Genosse W. A. Breslau sprach in 12-minütiger Rede über die Wichtigkeit der Preußenwahlen, die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung, die Sozialpolitik und die Klassenjustiz im Reich. Besonders zeichnete er die Politik des Ministers Hermes, die sich nach den Wahlen erst recht bemerkbar machen wird. Ferner zeichnete er die Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei, wie sie die Sozialpolitik verwickeln wollen. In der Aussprache hat sich kein bürgerlicher Redner gemeldet. Ein kommunistischer Redner tauchte auf, der das alte Lied der S. P. D. sang: Bewaffnung des Proletariats und die Verleumdung der S. P. D. Genosse W. A. zeichnete die Politik der S. P. D. und die Arbeit, die sie noch nicht geleistet hat. Genosse W. A. widerlegte dem Kommunisten alle seine falschen Ausführungen und gab ihm im Schlußwort die nötige Abfuhr.

Aus der Provinz Schlesiens.

Oberschlesisches.

Die Abstimmungsordnung ergänzt.

Die Interalliierte Kommission für die Verwaltung und Abstimmung in Oberschlesien gibt folgende Ergänzungen zum

Abstimmungsreglement: Reglement Nr. 21, Artikel 26, betr. Wohnsitz. Der Artikel 7 des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches erklärt den Begriff Wohnsitz wie folgt:

„Wer sich an einem Orte ständig niederläßt, begründet an diesem Orte seinen Wohnsitz. Der Wohnsitz wird aufgehoben, wenn die Niederlassung mit dem Willen aufgehoben wird, sie aufzugeben. Der Wohnsitz einer Person ist der Ort, an dem sie

ihre dauernde Niederlassung

hat. Er ist der Ort, mit dem das Leben einer Person verknüpft ist und nicht der Ort ihres zufälligen Aufenthalts. Nach den Gesetzen im Abstimmungsgebiet ist es nicht die Dauer der Unterbrechung des Aufenthalts, welche den Wohnsitz nach sich zieht. Sobald eine Unterbrechung nicht begleitet ist von der augenblicklichen Absicht, den Wohnsitz zu wechseln, so kann sie kein Hindernis bilden für die Ausübung des

Genossen und Genossinnen!

Sorgt dafür, daß unsere Partei bei den kommenden Wahlen gerüstet ist!

Stärkt den Wahlfonds!

Einzahlungen auf Postkassenkonto Breslau Nr. 29 563, E. Scholich und E. Janotta, Breslau.

Wahlrecht in einer Gemeinde, wenn aus näheren Umständen zu ersehen ist, daß die betreffende Person einen Wohnsitz gemäß dem Recht, welches in Oberschlesien gültig ist, beibehalten hat.

So z. B. unterbricht ein Aufenthalt am Meere oder auf dem Lande oder eine Kur nicht den Wohnsitz. Die Studenten, Schüler und Lehrlinge

behalten ihren Wohnsitz dort, wo ihre Eltern oder ihre Vormünder ihren Wohnsitz haben. In dieser Beziehung ist kein Unterschied zu machen zwischen Volljährigen und Minderjährigen. Bezüglich der Militärpersonen im aktiven Dienst ist zu verfahren nach dem Artikel 9 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Es ist zu bemerken, daß bei der Auslegung des Begriffs „Wohnsitz“ nicht zu erörtern zu verfahren ist. Zum Beispiel ist es anzuwenden auf die Mobilisation der Fabrikarbeiter, die während des Krieges in Fabriken gearbeitet haben, die außerhalb des Abstimmungsgebietes liegen. Der Militärdienst während des Krieges unterbricht den Wohnsitz nicht.

Die Gefangenen behalten den Wohnsitz, den sie im Augenblicke ihrer Festnahme hatten. Das Verhältnis der Unfähigen und der unter Vormundschaft stehenden wird geregelt durch Artikel 8. Was die verheirateten Frauen und die Kinder betrifft, so ist ihr Verhältnis bezüglich des Wohnsitzes geregelt durch die Artikel 10 und 11.

Diejenigen Personen, welche infolge der Ereignisse in den Jahren 1919 und 1920

die öffentliche Ordnung gestört

haben und ihren Wohnsitz verlassen haben, sind durch diese Tatsache nicht zu betrachten, als hätten sie ihren Wohnsitz in Oberschlesien aufgegeben.

In Anwendung der Entscheidung über die Auslegung des Reglements Nr. 19 kann jedes Gesuch um Eintragung schriftlich oder telegraphisch eingereicht werden. Ein Gesuch auf letztere Art ist durch den zuständigen Partiiischen Ausschuss anzunehmen, vorausgesetzt, daß es in einer Postanstalt in Oberschlesien spätestens

bis zum 3. Februar, 6 Uhr abends,

ankommt, selbst wenn es später in die Hände des Partiiischen Ausschusses gelangt. Bedingung ist, daß das Datum und die Stunde der Ankunft offiziell darauf vermerkt ist. Es wird darauf hingewiesen, daß ein telegraphisches Gesuch

den Best verliert, wenn es nicht durch ein von dem Interessenten vorgezeichnetes Originalen entsprechend bescheinigt wird. Dieses muß den Partiiischen Ausschuss bis spätestens 10. Februar, abends 6 Uhr, ausliefern.

Die Kommission.

Von der Interalliierten Kommission wird ferner mitgeteilt: Jeder partiiische Ausschuss hat bis zum 5. Februar seine Liste anzustellen:

1. Die vorläufige Liste der Stimmberechtigten, umfassend gemäß der Vorchrift des Artikels 28 die Namen aller Personen, deren Eintragung der partiiische Ausschuss einstimmig beschlossen hat.
2. Ein namentliches Verzeichnis der Personen, deren Eintragung der partiiische Ausschuss gemäß Artikel 28 einstimmig abgelehnt hat.
3. Ein namentliches Verzeichnis der Personen, bezüglich deren die Stimmen des partiiischen Ausschusses gesplittert waren, und über deren Eintragung das Interalliierte Bureau gemäß Artikel 28 zu entscheiden hat.
4. Ein namentliches Verzeichnis der Personen, die vor dem 10. Februar, 6 Uhr abends, gemäß der erläuterten Bestimmung Nr. 19 ihre Eintragung in Ordnung zu bringen haben und über deren Gesuch der partiiische Ausschuss zu beschließen hat.

Vom 6. Februar ab sind die vorläufigen Stimmlisten, sowie sämtliche ähnlichen Verzeichnisse der dritten Offensivität zugänglich zu machen, und zur Einsichtnahme durch das Publikum gemäß Artikel 29 offen auszuliegen, damit eventuell Einsprüche erhoben werden können.

Weizenrodan. Die kommenden Wahlen und die Arbeiterschaft. Neulich fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt, die gut besucht war. Genosse Hauptlehrer Borzmann-Ingardorf sprach über die kommenden Wahlen und die deutsche Arbeiterschaft. Er sprach in seinem 1 1/2 stündigen Vortrag den Versammelten auseinander, was bei den kommenden Wahlen für die gesamte arbeitende Bevölkerung auf dem Spiele steht, wenn es der Reaktion gelingt in Preußen eine Ahlrichs-Regierung wie im Reich zu bilden. Mit den Errungenschaften der Revolution ist es dann vorbei und die gesamte Arbeiterschaft wird in die alte Sklaverei zurückgeworfen. Treffend beleuchtete er die Taktik der einzelnen Bürgerlichen Parteien und Organe und rief den Versammelten dringend die Sache nicht als harmlos, wie sie von gewissen Kreisen immer hingestellt wird zu nehmen. Denn die ganzen Selbstschneidungsverstärkungen, wie sie immer nennen, warten nur darauf bis wieder einmal ein Kapp findet, um nachher die Arbeiterschaft den Hals abzuwandern. Dieser Befall lobte die Ausführungen. Genosse Koch, Schweißhieb sprach nun noch eingehend über die technischen Durchführungen der Wahlen; auch er erntete reichen Beifall. In seinem Schlußwort leitete Genosse Köplich den Versammelten an Herz das Geheiß zu beherzigen und in diesem Sinne bei ihren Arbeitstätigkeiten und Kollegen zu agitieren. Dann kann es uns nicht schwer fallen, am 20. Februar der Reaktion eine Schlappe beizubringen. Segner arbeitete sich nicht zum Wort. Genosse Fischer behauptete, daß zu diesem Vortrag die hiesige Behörde nicht erschienen war und schlug vor sie bei einer späteren Versammlung persönlich einzuladen. 7 Anwesenheiten war der äußere Erfolg des Abends. Eine Teilerhebung ergab 43,85.

Bereinstalender.

- Freie Arbeitervereinsvereinigung Breslau e. V.** Freitag, den 4. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus wichtige Monatsversammlung. Vollständiges Erscheinen wird erwartet.
- Deutscher Arbeiter-Verein.** Generalversammlung, Freitag, den 4. Februar 1921, abends 7 1/2 Uhr, im Glasaal des „Bürgergarten“ (Eingänge: Weidenstraße, Harnackstraße und Taschenstraße). Der Vorstand, J. A. Schiller.
- Zentralverband der Metallarbeiter und Helfer, Verwaltungskasse Breslau.** Sonnabend, den 5. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus Harnackstraße 17, Zimmer 7/8, eine Mitgliederversammlung statt. (Siehe Inserat.)
- Verband der Maler, Sattler und Anstreicher, Filiale Breslau.** Generalversammlung, Sonntag, den 6. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung. Zahlreichen Besuch erwartet.
- Die Filialverwaltung.**
- Erstgruppe Ostschlesien.** Freitag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Gastwirt Schreiber: Öffentliche Volksversammlung.



Lebensmittel-
preise
bedeutend
herabgesetzt.
Näheres in den Verkaufsstellen.

Oberschlesier!

Euer Antrag auf Eintragung in die Stimmliste kann nur entweder abgelehnt oder angenommen sein.

Welket Euch sofort bei Eurer Ortsgruppe, sobald Ihr darüber vom partiiischen Ausschuss Eurer Gemeinde Nachricht erhaltet; bringt das Schreiben mit!

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier

Hilfe! U. S. P. D.

2te Hilfe der U. S. P. D. beginnt

Verbrecher-Geschichten

Zentral-Verband der Maschinisten und Metzler

Verwaltungskasse Breslau.

Sonnabend, den 5. Februar 1921, abends 6 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Harnackstr. 17, Zimmer 7/8 unsere:

Mitglieder-Versammlung


statt. Tagesordnung: 19243

Entscheidung zu den Mitteilungen der Ortsgruppen, die vom Zentral-Vorstand herausgegeben sind.

Werte Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung ist es unbedingt notwendig, daß jeder teilnehmende Kollege an dieser Versammlung teilnimmt. Auch der Karte zur Bestätigung.

Die Ortsverwaltung.
J. A. Rich. Harbke.





Margarine

Pfund nur 10.50

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. Februar 1921.

Heute abend 7 1/2 Uhr

Später

Finanzminister Lüdemann

im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Auf, alles in die Versammlung!

Schwerster Parteivorstand

(Abteilungsleiter, Parteiführer, Fraktionsleiterinnen).

Freitag, den 4. Februar,

abends 8 Uhr — im Gewerkschaftshaus — Zimmer 10:

Sehr wichtige Sitzung.

Es darf keiner fehlen!

Genossinnen und Genossen in der Wohlfahrtspflege

Freitag, den 4. Februar,

abends 7 1/2 Uhr — im Gewerkschaftshaus — Zimmer 6:

Versammlung.

Tagesordnung: „Das Kindererziehungsgesetz“. Neben: Arbeiter-Genossenschaftlicher Feiertag. — Eingeladen hierzu sind auch alle Genossinnen und Genossen, die Interesse an den Arbeiten der Wohlfahrtspflege haben.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. Wichtige Sitzung Freitag, den 4. Februar, abends 8 Uhr im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses.

Abteilung Innere Stadt. Freitag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Mühlberg, Antonienstraße 11: Komitee-Sitzung. Samtliche Kassierer und Funktionäre haben vordringlich zu entscheiden zwecks Einleitung und Abrechnung. Der Abteilungsleiter.

Abteilung 26. Donnerstag, den 3. Februar, nachmittags 5 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre und Wahlhelfer. Hausnummern mitbringen. Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist Pflicht.

Abteilung 31. Sonnabend, den 5. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Abrechnung der Bezirkskassierer beim Genossen Heider, Breitenstraße.

Unsere Kandidaten für den Provinziallandtag

- Die Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Provinziallandtagswahl für den Wahlkreis Breslau-Stadt: 1. Böbe, Paul, Präsident des Reichstages, Breslau. 2. Ruge, Karl, Parteiführer, Breslau. 3. Neutrich, Emil, Stadtrat, Breslau. 4. Wierisch, Edward, Gewerkschaftssekretär, Breslau. 5. Reijer, Otto, Breslau. 6. Bandmann, Eugen, Rechtsanwalt, Breslau. 7. Pielich, Karl, Dekorateur, Breslau. 8. Langmann, Gustav, Lehrer, Breslau. 9. Haffner, Max, Arbeitersekretär, Breslau. 10. Lange, Emil, Architekt, Breslau. 11. Kisch, Fritz, Geschäftsführer, Breslau. 12. Kuch, Richard Friedrich, Universitätsprofessor, Breslau. 13. Carl, Reinhold, Redakteur, Breslau. 14. Grotmann, Emil, Erziehungsbeirat, Breslau. 15. Birkhoff, Hans, Chemiker, Breslau. 16. Schmalz, Erdmann, Hofmeister, Breslau. 17. Scholz, Gustav, Maschinenarbeiter, Breslau. 18. Niemies, Karl, Stellmacher, Breslau.

Wer ist das?

Es ist einige Jahre her, als ich den jungen Mann kennen lernte. Die Handlungsgehilfen begannen sich freigeberisch zu organisieren. Alle Arbeitergruppen waren zur Unterstützung aufgerufen und so gingen wir denn an die Erfüllung unserer Pflichten. Unter vielen anderen fiel auch auf ihn. Er war noch sehr jung und machte es so, wie die anderen. Und wie machten sie es? Es war doch gar zu schön, im Verein mit den Herren Chefs freundschaftliche, etwaige Verbesserungen zu besprechen und Arbeitsverhältnisse unterständig zu besprechen. Manchmal erreichte man auch monatliche Aufbesserungen von zwei bis fünf Mark. So war es im Handlungsgehilfenverein von 1914, dem Deutschen Handlungsgehilfenverein und in dem Verein Deutscher Handlungsgehilfen, überhaupt in allen solchen Vereinen, die lediglich gesellschaftliche Unterhaltungsvereine bezweckten. Ab und zu war es ihnen auch einmal möglich, einen länger als sechs Monate freigestellten Kollegen bei einem der Gassen in Provinzialstädten unterzubringen. Zu denen, die nur den modernen Arbeitern und Angestellten, am meisten in der Handlungsbühnen, gehörte auch er. Immer und immer wieder fiel er sich an unserem freien Aufstellungsjahr, insbesondere aber daran, daß wir mit Handelsreisenden, Kaufleuten, Handwerklern aller Art uns solidarisch erklärten, während dort der Wohlstand dominierte und heute? — heute ist er revolutionärer Arbeiterführer, heute ist er „Gewerkschaftsbeamter“. Seine Kollegen haben ihn übrigens erst kennen gelernt, als er das erste sozialdemokratische Wesen der Organisation, hat er auch jetzt noch keine Ahnung. Aber das schadet nichts, die Hauptsache, er kann sehr schöne Briefe, von Respekt bekommen, auswendig und gibt sich rechtliche Mühe, das, was er in dieser Richtung noch nicht kennen gelernt, zu lernen.

Das Rücktrittsgesuch des Kammerers.

Das Pressebüro des Magistrats schreibt jetzt: In einem heiligen Blatte (Volkswacht Nr. 24 vom 29. Januar d. J.) wird das Rücktrittsgesuch des Stadtkammerers mit einer Reihe von Vorlagen in Verbindung gebracht, die weder das Gesetz verlangen, noch auch auf den Kammerer als Arbeiter zurückzuführen sind. Der Kammerer hatte vielmehr die beiden Anträge — auf Neuordnung der Gehälter der Theatermitglieder und der Bezüge der städtischen Arbeiter — bereits in der entscheidenden Magistratsitzung auf das Schärfste bekämpft und es sind denn auch keine Gegenstände in den Vorlagen an die Stadtverordnetenversammlung zum Ausdruck gebracht worden. Wie er überhaupt die unsoziale Wirkung der hohen Gehaltsforderungen und des höchsten Gewerkschafts-Betriebs beurteilt, hat der Kammerer auch bei anderen Gelegenheiten wiederholt betont. Im übrigen haben jedoch die beiden

Vorlagen, wie bereits erwähnt, zu dem Rücktrittsgesuch den unmittelbaren Anlaß nicht gegeben. Dieses war vielmehr die Folge von Verhandlungen im Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung, die gelegentlich einer Aussprache über die Einführung neuer Steuern nach Berliner Muster zu einem Zusammenstoß zwischen dem Kammerer und einem Teile der sozialdemokratischen Fraktion führten, deren Verhalten der Kammerer als vorlegend empfand.

Das ist ein glattes Zugeständnis, daß der Kammerer einen sachlichen Grund zu seinem Rücktrittsgesuch überhaupt nicht hat. Er hat sich im Ausschuß über sozialdemokratische Stadtverordnete geäußert, die sich aber vorher mit Recht über ihn geäußert haben. Wie er in den Wald hineingerufen hatte, so schaltete es ihm wieder zurück. Und durch das Echo seiner Stimme fühlte er sich nun so tief gekränkt, daß er glaubt, seinen Platz räumen zu müssen. Es hätte schon genügt, wenn der Kammerer aus dem Vorfall den Schluß gezogen hätte, daß andere Leute unter Umständen auch einmal grob werden können.

Das Unglück in der Altschulstraße.

An alle leidtragenden Väter und Mütter, welche vom Unglück in der Altschulstraße betroffen sind, wendet sich eine Zuschrift, die wir von Frau Anna Srodel, Oststr. 20 erhalten, deren Sohn eins der ersten Opfer der Katastrophe wurde. Weil wir den Schmerz der Mutter verstehen und selbst eine strenge Untersuchung des Unglücks wünschen, geben wir die Zuschrift wieder, obwohl wir sie im Augenblick auf ihre Richtigkeit natürlich nicht prüfen können. Hoffentlich erfüllt sie ihren Zweck, die Untersuchung zu beschleunigen und die Schuldigen festzustellen. Denn daß die Kinder schuld waren, kann bloß eine Zeitung vom Range der „Schlesischen“ noch blappern und angesichts der armen Opfer dabei nach dem Kopfstoß schreien. — Die Mutter schreibt:

Ich, als leidtragende Mutter, muß mich wundern, daß nun auf einmal von diesem tragischen Vorfall geschwiegen wird. Innere Kinder, die freudig mit 25 Pfennig die Treppen hinunter sprangen, und abends auf der Totenbahn lagen, rufen ja in der Erde. Niemand fragt, ob wir die Mittel zur Beerdigung hatten, nicht mehr vom „Jugendlambo“ läßt sich leben. Mich hat dieses Schicksal am meisten getroffen. Keinen Pfennig in der Hand gehabt, mußte ich von einem Orte zum anderen fliehen gehen, um oft noch hart abgewiesen zu werden mit der Begründung: „Und geht die Sache nichts an!“ Ich habe nun über die Vorgänge — erfahren: Und so will ich näheres berichten: Gegen 11 Uhr hatte Lehrer Erdmann die Kinder zum Anstellen gewinkt. Die Kinder rannten zusammen und in den Keller hinein. Erst ohne Drücken und Drängen. Als dann zwei oder drei Herren kamen, sich durch die Kinderbarriere drängten, fing mein Knecht zuerst an zu schreien, worauf dann einer jener Herren dem vollen Ansehens Jüngling noch eine Hand drückte gab. (Die zwei Fingerhügel sind noch in Charge zu sehen gewesen. Ich habe Zeugen.) Durch dieses Drücken des Herrn E. wollten die Kinder vorwärts und da fielen alle über meinen schwachen Knaben. In einer Ecke saß nun ein Fräulein Bernard oder Bernhardt gefangen haben, welche mit dem Regensturm auf die stürzenden Kinder einwirkte, hat zu helfen. Von hinten kam ein Vater und wollte auch Angehörige aus dem Gebäude holen, fing es aber verkehrt an und warf mit einem nicht zu kleinen Stein in die Kindermenge. Als dann zwei Herren, und später noch mehr kamen und die Kinder, meinen als unterlegen hervorzogen, hatte ein Herr den Kindern Einsparungen in die Arme gegeben, wobei gleich fünf verstarben.

Ich möchte nun alle Leidtragenden bitten, mir beizustehen. Wir wollen geschlossen eine wahre gerichtliche Untersuchung anfordern. Wir haben unsere Kinder geschädigt zu einem Schulübergang und zu keinem Morden.

In der letzten Elternversammlung nach der Elternbeiratwahl wurde uns berichtet von der Gründung eines Schulkomitees. Wir Protestieren und aber belogen worden, denn der Berichterstatter erklärte, es handelt sich um ein leeres Klassenzimmer im Parterre in der Knabenstraße. Pöpslich aber hat sich das Klassenzimmer im Keller befunden.

Herr Fleischmann als Patriot.

Herr Sebasta Fleischmann schreibt: Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes erlaube ich Sie mit Bezug auf Ihren Artikel in Nummer 26 vom 1. Februar 1921 „Herr Fleischmann als Patriot“ um Aufnahme folgender Berichtigung in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung. Wichtig ist, daß ich im Konzerthaus Wappenhof eine Rede mit dem Hinweis auf den 18. Januar gehalten habe, der Hauptinhalt war jedoch eine Werbung für die Erhaltung Deutschlands beim deutschen Reiche und der Hinweis auf eine Sammlung für diesen Zweck. Unwahr ist, daß ich begeistert in das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ eingestimmt habe, vielmehr habe ich das abgelehnt und den Saal verlassen. Unwahr ist, daß ich irgend einem Anwesenden gesagt habe, er sei noch zu jung, um so etwas beurteilen zu können. Unwahr ist, daß die nationale Feier unter meiner Leitung stand und unwahr ist, daß sich in meiner Gesellschaft reaktionäre Sipoffiziere befanden.

Herr Fleischmann hat also gesprochen. Er müßte wissen, wer was er spricht. Und er hat so gesprochen, daß seine Zuhörer begeistert „Deutschland, Deutschland“ anstimmten. Es hat nicht zur Sache, ob er selbst mitgesungen hat. Jedenfalls hat er den Ton durch seine Rede abgegeben. Wer redet, führt und leitet eine Sache. Und wenn keine reaktionäre Sipoffiziere da waren, was eine andere reaktionäre Gesellschaft die nach 11-Uhr zur Rettung Deutschlands — steht.

Die politische Unzuverlässigkeit des Herrn Fleischmann ist bekannt und gerichtlich erhärtet. Wer den Herausgeber näher kennt, verzichtet auf die Lektüre seiner Zeitung. Und nach dem er sie noch dazu hergibt, daß sie ein Dr. Nieserfeld, der nach seinen Briefen in eine Kaltwasserheilanstalt gehört, zur Abgabe seiner Schmuckereien macht, wird wohl jeder den „Geiß“ erkennen, der hier waltet. (2. Feb.)

Die Deutsche Volkspartei auf dem Rücktritt.

Um zu zeigen, daß sie auch Arbeiter in ihrer Partei zu vertreten hat, erwidert große Klatsch, daß der Gewerkschaftsleiter Hr. Gieseler nach Breslau komme, um hier die Partei zu propagieren. Die einzige Arbeiter- oder Arbeiterpartei aber die Deutsche Volkspartei im Gefolge hat, zeigte die Leere des Wappenhofs. Die Arbeiter, die wirklich gekommen waren und den hohen Eintrittspreis von einer Mark bezahlt hatten, waren aus anderen politischen Lagern. Die erste Enttäuschung war, daß Herr Gieseler nicht kam, sondern ein Kandidat eines Arbeitervereins aus Solingen, also ein Vertreter des „Großkapitals“. Seine Ausführungen gipfelten in der Selbstverherrlichung seiner Partei, vor allem der Minister, die aus

dieser Partei stammen, und in gemeinsamer Anpöbelung der Sozialdemokratie und der anderen linksstehenden Parteien. Unsere Minister versuchte er lächerlich zu machen, und da er weiter nichts mehr wollte, zog er sogar die Ehe-scheidung eines kommunistischen Abgeordneten in die Debatte.

Dieser selbstbewußte Herr erhielt in der Aussprache von allen Seiten die entsprechende Abfuhr. Klipp und Klar warnten sogar Anwesende und Arbeiter davor, den Worten der Deutschen Volkspartei zu glauben; sie hat noch nie etwas für die Arbeiter getan, sondern nur die Interessen der Arbeitgeber vertreten. Ein Sturm der Entrüstung ging durch den Saal, als der Kandidat ein ein Loblied auf Hugo Stinnes anstimmte, der nicht acht, sondern zwölf und vierzehn Stunden arbeitete.

Der Deutschen Volkspartei könnte man empfehlen, mehrere solche Versammlungen abzuhalten, dann würden auch dem letzten Arbeiter und Anwesenden die Augen aufgehen, wie es die Reichspartei auf die Eigenschaften der Revolution abgesehen haben.

Vom Arbeiterbildungsanschuß.

Museumsführungen. Am kommenden Sonntag, 10 1/2 Uhr, führt Studiererrat Professor John durch die Kunstsammlung des Reiffers-Gauses in Schöpnau. (Einblattn der Serie 10.) Einzeltickets zum Preise von 2 Mk. sind in der Volksbuchhandlung erhältlich. Als Ergänzung seines zweiten Zyklus wird Kunstschaffner Bernhard Stephan, bevor der dritte Zyklus beginnt, noch vier Führungen abhalten und zwar am 12. Februar, 10 Uhr, durch die Ausstellung der Galerie Stengel (Arnold), 20. Februar im Museum der bildenden Künste, um 9 Uhr Fortsetzung der Führung durch die expressionistische Werke, 10 Uhr durch die Sammlung der Gipsabgüsse und am 27. Februar, 10 1/2 Uhr, durch die Sammlung des Reiffers-Gauses.

Überlassen für diese 4 Führungen sind zum Preise von 6 Mark in der Volksbuchhandlung zu haben. Im eine Ueberfüllung der Führungen zu vermeiden, werden Einzeltickets nur aufgegeben, wenn die Dauertickets nicht alle vergriffen sein sollten.

Zum Abau der Augustaschule.

Mit der Frage des Abbaus der Augustaschule befaßten sich am Dienstag abend der Schul- und Finanzausschuß der Breslauer Stadtverordnetenversammlung. Im Laufe der Beratungen ergab es sich, daß es doch notwendig sei, die endgültige Entscheidung zunächst hinauszuschieben, bis festgestellt, ob und welche Zusätze der Staat zu den Kosten der Aufrechterhaltung des Volkstheaters der Augustaschule und auch der anderen Breslauer Schulen zu leisten entschlossen ist. Die Beschlußfassung über den Hauptentscheidungsfrage wurde innerhalb des Ausschusses vertagt.

Liedlich-Theater.

Um es vorher zu nehmen, das Februarprogramm bietet einen Kranz besser Darbietungen. Im Mittelpunkt stehen ohne Zweifel „Die sechs Löwen“, vier männliche und zwei weiblich, mit denen der Direktor einige ausgezeichnete Kunststücke vorführt. Anschließend ist von der Direction für eine ungewöhnliche Sicherheit des Publikums gesorgt, so daß keine Gefahr besteht. Es wird also in kommenden Vorstellungen nicht mehr sein, daß ein großer Teil des Publikums die Bühne verläßt und nach den Ausgängen flieht, wenn auch das Geschehen eindrucksvoller wird und gefährlicher ist. Das weitere führt man einen sehr guten Rollenpaar-Mit der zwei Dramen. „Dort in der Nacht“ mit dem Rade auf dem Drahtseil halbschwebende Kunststücke und die Bell und Bell mit ihrem Raffinier und Strapazant werden lebhaft befaßt. Marguerite John wird schöne Tänze und das Müller-Schadow-Quartett findet mit jedem Abend in Zielsetzung am Rhein köstlichen Beifall. Alles was kommt man sich die Idee „O wie so trübselig“ besetzt, umal sie recht leicht gesungen wird. „O wie so trübselig“ vollführt keine Kunststücke zwar nicht auf dem Drahtseil, sondern auf der Bühne, und wie in der Theaterliteratur über die „Bell“ eine bewundernswürdige Kunstleistung. Die Hauptrolle der drei Akteure und die sehr guten Charakteristiken Gerechtigkeit tun sich ein. „Die sechs Löwen“ hat sich zwei Operetten in eleganter Toilette, und Leo Morger unter erwar mit einer bewundernden Rollenbesetzung die Wohnstätten aufs ansehnliche. Der illustrierte Komiker Paul Stiller ist hier als gut schon bekannt. Den Schluß der Darbietungen bildet der Barock-Akt der Bamberger (Hock und Paul), der so dreist ist, daß eine Massenflucht vor Schluß verhindert wird.

Man sieht, das Programm ist außerordentlich reichhaltig. Viel leicht hätte auch auf Kosten einer anderen Nummer „Die sechs Löwen“ noch ein wenig mehr sein können. Die von Moschura noch ein wenig und Paul Stiller noch eine Schaurer erzählen können.

* Stadttheater. Heute abend 7 Uhr „Die Traviata“. Als Solista gastiert Wilhelmine Hollner vom Deutschen Theater in Brünn auf Anstellung. Morgen Freitag abend 7 Uhr „Orpheus in der Unterwelt“. Sonnabend 7 Uhr „Macbeth“.

* Bild und Musik. Das gewaltige Manegeschaustück „Der Wildhieb“ erzielte allabendlich großen Erfolg. Das eigenartige Nummernballett, das herrliche Alpenalpen, die geheimnisvollen Wappenspiele vereinen sich zu einer packenden Aufführung.

* Ein neues Sommertheater. Breslau soll im kommenden Sommer ein neues Sommertheater erhalten und zwar wird der Sietensaal des Lunaparks zu einem modernen Saaltheater umgebaut. Die Leitung des Theaters übernimmt Herr Ludwig Stöfel, der seinen Sitz nach Breslau mit der Direction des Schauspielhauses auf mehrere Jahre verlängert hat. Die Spielzeit des Sommertheaters dürfte sich auf vier Monate (Mai-September) erstrecken. Herr Stöfel beabsichtigt in jenem Sommertheater das heitere Genre zu pflegen, Pöpsel, Operette, Schwank usw.

* Die neuen Preise in den bühnen Brauseabern. Vom 1. Februar 1921 kostet ein Brausebad 80 Pfg., eine Sammelkarte zum viermaligen Baden 3 Mk. und ein Wannenbad in der Frauenabteilung des Brausebades V. Tiergartenstraße 1, 3 Mk. Die bisher ausgegebenen Eintrittskarten zum Preise von 2 Mk. werden bei Entnahme eines neuen Karte zu 3 Mk. in Zahlung genommen, verlieren aber mit dem 31. März 1921 ihre Gültigkeit.

* Der Kindergartenverein veranstaltet vier Konzerte vortrage, die am 1. und 28. Februar, 7. und 21. März im Saal des bühnen Brausebades, Wallestraße 16, stattfinden. Es sprechen Geh. Reg.-Rat Dr. Janßen über: „Entwicklungsformen der Tragödie in der Weltliteratur“, Dr. Alfred Rann über: „Schiller und der moderne Mensch“, Taufmanns-Ankater über: „Psychologie des Taubstummen Kindes“, Prof. Erich Doff über: „Die völkisch-geographische Struktur Afrikas nach dem Weltkrieg“. Dauerkarte 11 Mk. und Einzeltickets 3,30 Mk. Bis auf den Platz reicht, verlässlich von 12-1 und 5-8 Uhr im Büro, Wallestraße 16. Der gelbbliche Ertrag ist für die Ausgaben des Vereins bestimmt.

* Einem angesehnen Feinschmecker folgt Einbrecher in der Nacht zum 28. Januar Heinrichstraße 12; es haben fortgeschleppt: zwei Kronen mit 25 Liter Rum, 1 Krone mit 20 Liter Schrot-Brand, 1 Krone mit 10 Liter Schrot-Brand, mehrere Flaschen Eier-Rognol und verschiedene Gemüße.

Familiennachrichten

Elfriede Maier
Gustav H. Kroll
Verlobte
Hundsfield.
3. Februar 1921.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
und herrlichen Kränzen beim Hinscheiden
unserer lieben Mutter, der Frau
Albertine Eckardt
sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Billig! Zigaretten Billig!
vorige Qualität, einmündig halber esam preiswert.
Reduziert um 100 Proz. u. 19.-, 16.-, 91.-, 21.-, 11.-
u. 22.-, 28.-, u. 32.-, 27.-
Ignatjew Polatschek, Straße 5.
Die Lehrmeisterbücherei
Die Nummer 1.10 Pf.

Herzliche Bitte!

Beider Geschlechte...
40-50 Tausend Reichsmark Kapital
gegen Sicherheit. Offerten unter
A. 3 an die Exped. d. Volkszeitung.

Heiratsveruche
Bergmannstraße 13,
3 Minuten v. Hauptbahnhof.

Inserate
erzielen in der Volkszeitung
den größten Erfolg!

Kauf
Alt-Metalle
Ludwig Otto, Schützenstr. 8.

Altmetalle
Joseph Jüngling,
Görlitzerstraße 4.

Klarinette in C.

tiefe Stimme,
geprägt, gut erhalten, zu kaufen
gekauft. Näheres Exped. d. Bl.

Pistolen
u. Revolver, keine Modelle,
sowie Jagdgewehre. Auf
Antrag von beiläufig!

Verkauf
Eleg. Cutaway
geht. Sehr schöne, mehrere Angler
haben aus prima Stellen ver
kauft zu sehr ansehnlichen Preisen.

Handl.
für den 1918/9
Jahresverbrauch
und in verschiedenen Größen
und Farben für Männer und
auf Wunsch Teilzahlung.

Handl.
für den 1918/9
Jahresverbrauch
und in verschiedenen Größen
und Farben für Männer und
auf Wunsch Teilzahlung.

Geld - Nebensache

- 1 Zahnborste Mk. 1.-
2 Handwaschbürsten 1.-
1 Klotzpfand 1.-
3 Schmirbellen 1.-
1 Schmirbel 1.-
1 Staubkammer 1.-
1 Kleiderbürste 1.-
1 Schminktische 1.-
1 Anstrichbürste 1.-
1 Kleiderbürste 1.-
1 Anstrichbürste 1.-
1 Kleiderbürste 1.-
1 Anstrichbürste 1.-

Die Volksschule als Einheitsschule.
Von Dr. Max Apel. 1.25 RM. (20% Rabatt)
In beziehen durch die Volkswacht-Buchhandlung.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote

Versicherung.
Zum Abschluss von Feuerversicherungen sucht
alle angehenden Gesellschaften an allen Orten tüchtige
Agenten sowie Akquisiteure gegen hohe Provisionen.
Einarbeitung und größtmögliche Unterstützung
wird gewährt. Gef. Offerten unter U. 17 an die
Anzeigen-Expedition Fischer, Breslau 17.

II. Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnis

Wäsche, Trikots, Oklitz, M., Dobrosz-straße 43.
Philippsberg, A., Teichstr. 21.
Rohrer, C. A., Klosterstr. 9.
Werner, B., Straß 68.
Wild und Geflügel.
Zahn-Ateliers.
Paul Behrmann, Johannisstr. 15.
Berthold, Paul, Schulstr. 5.
Jrion, Alex, Sternstr. 35.
Rottwig, Karl, Lindenstr. 14.
Zahn-Ersatz.
Schmalisch, Schulstr. 1.
Schub, Irma, Brühl 106.
Weiß, Schulstr. 15.
Zöpfe, Haararbeiten.
Petersberg, D., Schulstr. 5.
Zigaretten, Zigaretten, Tabak.
Ludwig, Hermann, Schulstr. 2.
L. V. Brück, Schulstr. 178.
Martha, F., Schulstr. 2.
Ludwig, Karl, Schulstr. 1.
Bergmann, Schulstr. 1.
Klein, Schulstr. 1.

Tabakwaren-Lager
Reibold Kasper, Neue-Schwednitz-Str. 1.
Zigaretten-Import
Kluska, Paul, Schulstr. 23.
Kraut, A., Schulstr. 20.
Max Milde, Schulstr. 1.
Gebr. Stahn, Schulstr. 12.
Erich Streichert, Schulstr. 12.
Schirwan, Max, Schulstr. 23.
L. Schmalisch, Schulstr. 1.
F. Maschowski, Schulstr. 1.
Müller, A., Schulstr. 23.

Richard Siring, Schulstr. 11.
Hoflager, Schulstr. 1.
Klein-Gandau, Schulstr. 1.
Fritz Frey, Schulstr. 1.
Gross-Mochnern, Schulstr. 1.
Hünern, Schulstr. 1.
Krieter, Schulstr. 1.
Weidenhof, Schulstr. 1.

Sortierer oder Sortiererin

sucht per sofort
C. F. Keil, Zigarrenfabrik
Neumarkt 3. Sch. (Schritt. Angebote)

Zeitungsträgerinnen
für Gräbnerer sofort gesucht.
Expedition der 'Volkszeitung'

älteres
Dienstmädchen

Gummiwaren
Spüllösungen
Eis- u. Monatbinden
Frauenartikel
Frau H. Troika
Breslau V. Glogauerstr. 23.